

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!



Die Krise und ihre Folgen

Die Coronakrise hat inzwischen die gesamte Weltwirtschaft fest im Griff. Alleine in Deutschland arbeiten momentan 10 Millionen Beschäftigte kurz und 2,6 Millionen befinden sich in der Arbeitslosigkeit. Verglichen mit den USA und anderen Ländern sind die Zahlen hierzulande natürlich deutlich geringer. Doch das muss nicht so bleiben. Im weiteren Verlauf der Krise kann sich das schnell ändern, denn das Instrument der Kurzarbeit wird nicht unbegrenzt aufrecht zu erhalten sein. So verschlechtert sich zunehmend die wirtschaftliche Situation der Unternehmen. Hat sich bereits vor Corona eine Überproduktionskrise abgezeichnet, so wird diese jetzt durch Corona zusätzlich befeuert. Alleine in der Metall- und Elektroindustrie befinden sich 77 Prozent der Betriebe in einem kritischen Zustand, d.h. sie arbeiten nur teilweise bzw. gar nicht. Betroffen davon sind rund 2 Millionen Beschäftigte, mit dem Schwerpunkt Kraftfahrzeugbau und Zulieferindustrie. Da dieser Industriebereich in der BRD zu den Schlüsselindustrien gehört, hat die anhaltende Krise massive Auswirkungen auf weitere Industriebran-

chen. Die Mehrzahl der Betriebe hat im April die Kurzarbeit für drei Monate beantragt. Das bedeutet, dass im Juli wieder normal gearbeitet werden würde. Die aktuelle konjunkturelle Entwicklung sieht aber nicht so aus, als ob das bis zu diesem Zeitpunkt möglich ist. So vermeldete das Statistische Bundesamt den stärksten Exporteinbruch der letzten 30 Jahre. Nach Auffassung der Deutschen Industrie- und Handelskammer kommt „das Schlimmste“ erst noch. Auch die Welthandelsorganisation (WTO) sieht schwarz. Sie rechnet mit einem

Absturz des Welthandels von bis zu 32 Prozent und prognostiziert das „hineinrutschen“ in eine Weltwirtschaftskrise. Sollte das eintreffen, wird auch kein noch so großes nationales Konjunkturprogramm die Krise überwinden können.

Wie geht es weiter?

Die IG Metall stand beim Ausbruch der Pandemie mitten in Tarifverhandlungen zur Regelung der

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Die Krise und ihre Folgen	1
In eigener Sache, Impressum	2
Degrowth, eine neue Bewegung?	5
Ein Volk im Hausarrest	15
Gedanken eines alten Genossen während der Pandemie	16
Gesundheit ist keine Ware	19
Homeoffice, ein Zaubermittel?	21
Gewerkschaften – wie weiter in Zeiten von Corona?	22
Rezensionen:	
Noch ein Partisan!	24
Woran wird Klassengesellschaft kenntlich?	26

In eigener Sache

Auch für uns als kleine linke Gruppe stand und steht wie bei allen linken Kräften in Deutschland unsere Arbeit unter den Bedingungen der Corona-Epidemie und den dazu verordneten Vorschriften: das betrifft sowohl die Innenarbeiten als auch die Wirksamkeit nach außen. Lange wurde das Recht zur Zusammenkunft, zur politischen Beratung und Diskussion verhindert und dann beschnitten; auch Demonstrationen wurden verhindert oder kriminalisiert. Wir mussten unser alljährliches Münchner Seminar absagen. Doch gelang es trotz der Schwierigkeiten, die Märznummer der Arbeiterstimme zu versenden und die Sommernummer vorzubereiten.

Einen kleinen Einblick in Lebenssituationen in anormalen Zeiten gibt die kurze Schilderung eines älteren Genossen wieder.

Wir hatten in der Frühjahrsnummer ein Blatt für eine eventuelle Rückantwort beigefügt, auf dem die ARSTI-Empfänger mitteilen konnten, ob sie unsere Zeitung weiterhin zugesandt haben wollen. Es ging dabei auch um unsere Portokosten. Wir haben viele Rückmeldungen erhalten, darunter viele Briefe, oft mit politischen oder persönlichen Vermerken und danken dafür. Wir bitten um Verständnis, dass wir nicht persönlich antworten können. Wir möchten nochmals darauf hinweisen, dass wir Leserinnen und Lesern, die den Abobetrag nicht aufbringen können, die Arbeiterstimme weiterhin unentgeltlich zusenden werden – bitte teilt es uns mit, wenn dies der Fall sein sollte!

Nun zum weiteren Inhalt der neuen Nummer: Den umfangreichsten Teil dieser Ausgabe nimmt unsere, eigentlich für das Seminar in München geplante, Auseinandersetzung mit dem Problem des Wachstums im Kapitalismus speziell mit dem Thema Degrowth ein. Diesem Thema werden wir uns auch in den nächsten Ausgaben der ARSTI widmen und wollen es auf unserer Jahreskonferenz im Oktober weiter vertiefen.

Zwangsläufig müssen wir uns auch mit der Corona-Problematik befassen – teils mit eigenen Beiträgen, teils mit Nachdrucken – wobei wir die staatlichen Verordnungen und Maßnahmen in Frage stellen und sie aus einer kritischen Position heraus betrachten, was während der Pandemie in der Linken viel zu selten geschehen ist.

Ulla Jelpke geht in ihrem Artikel, den wir aus der „Roten Hilfe“ nachdrucken, auf den rasanten Abbau demokratischer Rechte ein. Aus der SoZ“ haben wir einen Artikel von Angela Klein übernommen mit dem Titel „Gesundheit ist keine Ware“; sie macht deutlich, welche einschneidende Folgen die Privatisierung der Gesundheitsversorgung hat. Das von SPD und Gewerkschaften geforderte Home-Office ist wahrlich kein „Zaubermittel“, wie ein Genosse aus München herausstellt. Die Gewerkschaften haben sich in der Krise vollständig der Sozialpartnerschaft verschrieben. Von ihrer Seite gab es nahezu keinen Gegenwind gegen die massiven Eingriffe in das

Arbeitsrecht. Speziell dazu drucken wir einen kleinen Artikel ab. Es gab keine Gegensätze mehr zwischen „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“ sondern nur noch Corona. Unser Gewerkschaftsspezialist befasst sich in unserem Kopfartikel „Die Krise und ihre Folgen“ mit diesem Thema. Wolfgang Veighhuber setzt sich in seinem Artikel mit den gewerkschaftlichen Aufgaben beim „Hochfahren“ aus der Krise auseinander und beschreibt die bevorstehenden Konfrontationslinien. Dieser Artikel erschien in der DDS, dem Organ der GEW-Bayern und hebt sich wohltuend von anderen gewerkschaftlichen Veröffentlichungen ab.

Leider mussten wir wieder einen Nachruf verfassen. Unser langjähriger Mitstreiter Gerhard Armanski ist Anfang des Jahres verstorben.

Zwei Rezensionen runden die Nummer ab. Die eine befasst sich mit dem Buch „Noch ein Partisan“. Darin werden Lebensweg und -werk des Remscheider Kommunisten und Spanienkämpfers Gustav Flohr aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Die andere Rezension stellt das Buch „Berliner Republik“ vor, das aufzeigt, dass in Deutschland sehr wohl ein Klassengesellschaft besteht, die zu sozialer Spaltung, Wut auf das Establishment und rechten Ressentiments führt, auch wenn das die Herrschenden und Regierenden stets zu vertuschen versuchen.

Allen Spendern und Abozahlerinnen danken wir herzlich für ihre Unterstützung, gerade in dieser bedrückenden Zeit.

Die Jahreskonferenz der Gruppe Arbeiterstimme ist für den 10./11. Oktober in Nürnberg geplant.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme, Postfach
910307 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,-€ aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



bereits angelaufenen Digitalisierung und Transformation der Industrie. Ein Kern der Forderungen war unter anderem die Mitbestimmung bei Investitionen der Unternehmen, also der Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheit. Was sich so einfach anhört, ist in Wirklichkeit aber sehr kompliziert. Für die Unternehmer ist diese Forderung ein Sakrileg; die Mitbestimmung der Betriebsräte und Gewerkschaft wäre wohl ohne heftigen Arbeitskampf nicht zu bekommen gewesen. Doch die Pandemie änderte alles. Anstelle des Klassenkampfes kam es zur Klassenkooperation. Der IGM-Vorstand setzte die Tarifverhandlungen zur Mitbestimmungsfrage aus und schloss alternativ einen „Solidartarifvertrag“ ab. Auf einer Pressekonferenz am 20. März sagte dazu Jörg Hofmann, Vorsitzender der IG Metall: *„In dieser Krise sind solidarische Lösungen gefragt. Jetzt kommt es darauf an, dass die Beschäftigten Sicherheiten bekommen“*. Und er fügte an: *„Die großen Herausforderungen der Transformation bleiben weiter auf der Tagesordnung. Nach der Bewältigung der akuten Probleme werden wir uns wieder den Zukunftsthemen zuwenden“*

Der Solidartarifvertrag sichert nach Auffassung des IGM-Vorstands die Einkommen der Beschäftigten und sorgt dafür, dass sich Eltern um ihre Kinder kümmern können. Dadurch sei Millionen von Beschäftigten mit diesem Abschluss die Angst vor massiven Einkommensverlusten durch Kurzarbeit genommen.

Lohn- und Gehaltsabbau

Im Wesentlichen beinhaltet der Tarifvertrag folgende Punkte:

Regelungen zur Kurzarbeit, die die Nettoentgelte der Beschäftigten für die ersten Monate auf dem Niveau von etwa 80 Prozent absichern können. Dies geschieht durch eine Abschmelzung der Sonderzahlungen und einen Arbeitgeberzuschuss von 350 € je Vollzeitbeschäftigtem.

Bei Schließungen von Kitas und Schulen können Eltern mit Kindern bis zu zwölf Jahren acht freie Tage für die Kinderbetreuung nehmen anstatt des tariflichen Zusatzgeldes.

Nicht vereinbart wurden tabeln wirksame Lohn- und Gehaltserhöhungen. Nicht einmal ein Inflationsausgleich kommt in diesem Jahr zum Tragen. Es mag sein, dass Teile der Mitgliedschaft mit diesem Tarifvertrag zufrieden sind, doch wird für jeden sichtbar, dass mit den vereinbarten Regelungen auch ein Lohn- und Gehaltsabbau vereinbart wurde, denn das zusätzliche Urlaubs- und Weihnachtsgeld wird „abgeschmolzen“. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum Jahresende.

Schnelle Krisenüberwindung?

Inzwischen hat die Bundesregierung ein Konjunkturprogramm in Höhe von 130 Milliarden Euro aufgelegt. Damit sollen kurzfristige Nachfrageimpulse ausgelöst werden und damit soll die Wirtschaft wieder in Gang kommen. Ob das gelingt, ist angesichts der Entwicklung der Weltwirtschaft und der meisten Prognosen der Wirtschaftswissenschaftler eher fraglich. Doch alle Hoffnungen von Bundesregierung, Industrie und Gewerkschaften klammern sich daran. Gleichzeitig wird von allen Akteuren die Sozialpartnerschaft beschworen. So erwartet Hofmann von den Unternehmern ein Bekenntnis zu ihrer „gesellschaftlichen Verantwortung“. Er fordert, dass möglichst alle Beschäftigten mit den vorhandenen Instrumenten der Kurzarbeit und Arbeitszeitflexibilisierung in den Betrieben zu halten sind. Finanzielle Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln seien an solche Zusagen zu koppeln. Außerdem dürften Entlassungen bei Staatshilfen nicht stattfinden. Hofmann wird hier bereits von der Realität überholt. Zwar werden zurzeit (noch) nicht die Stammbeschaften in großem Maße angegriffen, doch der prekär beschäftigte Teil der Belegschaften schon. So werden seit Beginn der Krise 37 Prozent der Leiharbeiter nicht weiterbeschäftigt, 15 Prozent der Werkverträge sind gekündigt und 32 Prozent der befristeten Arbeitsverträge wurden nicht verlängert. Auch das Beispiel der Lufthansa

sei hier erwähnt. Trotz der staatlichen Hilfe von 9 Milliarden Euro will man jetzt dort mehr als 20.000 Stellen streichen. Ähnliche Ankündigungen werden in den nächsten Wochen in der Industrie wohl vermehrt auf die Tagesordnung gesetzt. In der Gastronomie und im Tourismusbereich ist das bereits der Fall. Hier steigt die Arbeitslosigkeit täglich. Auch der Kulturbereich ist schwer betroffen. Die meisten Kulturschaffenden, rund 200.000 an der Zahl, sind Selbständige. Sie haben keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld. Aber selbst dort, wo das gezahlt wird, reicht das Geld für die Familien nicht Hinten und nicht Vorne. Selbst dort, wo das Kurzarbeitergeld tariflich aufgestockt wird, bedeutet das für die Familien eine drastische Kürzung des Einkommens um 10 oder 20 Prozent. Aber es kommt noch schlimmer für diejenigen, die in einem Betrieb ohne Tarifbindung arbeiten. Dort gibt es nur Kurzarbeitergeld und sonst nichts. Alleine im Bereich der IG Metall gibt es 38 Prozent tariffreie Betriebe. Dort geht das Familieneinkommen um 40 Prozent zurück. Von dieser drastischen Lohnkürzung ist die Mehrheit der Werkträgigen im Lande betroffen. Im Jahr 2019 arbeiteten 55 Prozent der ostdeutschen und 47 Prozent der westdeutschen Beschäftigten ohne Tarifvertrag.

Sie wittern Morgenluft

Wie in jeder Wirtschaftskrise sieht das Kapital auch in dieser die Chance, sich auf Kosten der abhängig Beschäftigten zu sanieren. Gab es schon vor der Pandemie „Warnungen“ der Arbeitgeberverbände vor zu hohen Lohnabschlüssen, so werden diese jetzt lauter. So präsentierte die „Fraktionsarbeitsgruppe Wirtschaft“ der CDU ein Konzept, in dem der CDU-Fraktion empfohlen wird, den Mindestlohn abzusenken, *„mindestens aber eine Erhöhung für 2021 auszusetzen“*.

Auch die Arbeitsbedingungen hat das Kapital im Blick. Gerne knüpft es an die gelockerten Arbeitszeitregelungen durch die Bundesregierung an. Im Rahmen der Coronakrise wurde für bestimmte Branchen die geltenden Vorschriften des Arbeitszeitgesetzes



in Bezug auf Höchstarbeitszeiten, Mindestruhezeiten sowie Beschäftigungsverbote an Sonn- und Feiertagen aufgehoben. So soll künftig eine Arbeitszeit bis zu 12 Stunden, bei einer Verkürzung der täglichen Ruhezeiten auf bis zu 9 Stunden angeordnet werden können. Möglich soll das sein in der Produktion und dem Transport von Waren des täglichen Bedarfs und Arzneien, in den Gesundheitsdiensten, sowie bei Behörden und Energieversorgern. Und das auch an Sonn- und Feiertagen. Das Ganze hat eine Gültigkeit bis Ende Juni. Aber was geschieht, wenn sich die Pandemie wieder verschärft oder eine andere krisenhafte Erscheinung auf die Tagesordnung gesetzt wird? Welches plausible Argument wirkt dann gegen eine Wiederholung dieser Verschärfung der Arbeitsbedingungen durch das Gesetz? Keine! Das wäre dann gelebte Sozialpartnerschaft oder, vielleicht anders ausgedrückt, gelebte „Volksgemeinschaft“.

Die Hilfspakete, die im Zusammenhang mit der Coronakrise verabschiedet wurden, gehen in die Billionen. Da stellt sich die leicht zu beantwortende Frage: „Wer soll das bezahlen?“ Leicht zu beantworten deshalb, weil davon auszugehen ist, dass die Herrschenden die Kosten auf die werktätige Bevölkerung abwälzen wollen und das auch tun, erfolgt kein wirklich breiter gesellschaftlicher Widerstand. Zwar hat Merkel erst einmal die Forderung nach Steuererhöhungen zurückgewiesen, doch das gilt nur für „den Stand von heute“. Und was morgen ist, werden wir sehen! Soviel zur Sozialpartnerschaft.

Gewerkschaften in der Krise

Die Gewerkschaften und insbesondere die IG Metall befinden sich in einer schwierigen Situation. Die Forderungen des Vorsitzenden Hofmann, die Beschäftigten durch Kurzarbeit und Arbeitszeitflexibilisierung in den Betrieben zu halten, kann nur

durchgesetzt werden, wenn die Gewerkschaft die dazu erforderliche Kampfkraft entwickelt. Die Kräfteverhältnisse dazu sind aber alles andere als günstig. Willi Bleicher, der legendäre IGM-Bezirksleiter in Stuttgart, sagte einmal in einem TV-Porträt seiner Person sinngemäß: „In der Wirtschaftskrise können Gewerkschaften keine Erfolge durchsetzen“. Er knüpfte dabei an seine Erfahrungen in den 20er und 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts an. Anders als heute waren damals aber Teile der Arbeiterschaft klassenbewusst. Heute gibt es zwar noch immer die Arbeiterklasse an sich, aber kaum noch die Klasse für sich, d.h. eine Klasse, die sich ihrer gesellschaftlichen Stellung bewusst ist. Und das hat Auswirkungen: Die abhängig Beschäftigten identifizieren sich weitgehend mit dem kapitalistischen System und auch mit dem Betrieb, in dem sie arbeiten. Eine Alternative dazu ist für die meisten nicht vorstellbar. Ein Beispiel dafür ist ein offener Brief der Vertrauensleute bei VW gegen ihren Chef Herbert Diess, der inzwischen von seinen Aufgaben abgelöst ist. Da schreibt also der betriebliche Funktionärskörper der IG Metall, dass sich immer mehr Mitarbeiter sich „für ihren Arbeitgeber schämen und ihn teilweise sogar verleugnen“. Klarer kann nicht gezeigt werden, wo diese KollegInnen bewusstseinsmäßig stehen. Sie verstehen sich als Sozialpartner und sind bereit, alles, was dem Unternehmen dient, zu unterstützen. Denn geht es dem Betrieb gut, geht es auch ihnen gut. Diese Haltung der betrieblichen Gewerkschaftsfunktionäre wirkt sich auch auf die Haltung der Funktionäre im Apparat aus. Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Automobilfirmen sind eine Macht innerhalb der IG Metall. Sie sind auch stark im Vorstand der Gewerkschaft vertreten, weshalb sich auch kaum einmal ein hauptamtliches Vorstandsmitglied öffentlich gegen sie wendet. Deutlich hat sich das jetzt gezeigt, als Jörg Hofmann, im Zusammenhang mit dem Konjunkturprogramm, die SPD wegen ihrer Verweigerung einer Abwrackprämie für Autos mit Verbrennungsmotoren laut öffentlich kritisierte.

So wie die betrieblichen Funktionäre denken, denken in der Regel

auch die meisten Beschäftigten. Sie zeigen einerseits Verständnis für betriebswirtschaftliche Maßnahmen des Unternehmens, andererseits aber fürchten sie diese auch. Schließlich betreffen sie ja oft ihre materielle Existenz. Die Folge ist, dass sich Belegschaften gegenüber Arbeitsplatzabbau, sofern dieser nicht die Mehrzahl der Arbeitsplätze betrifft, meist passiv verhalten.

Gewerkschaftliche Perspektiven

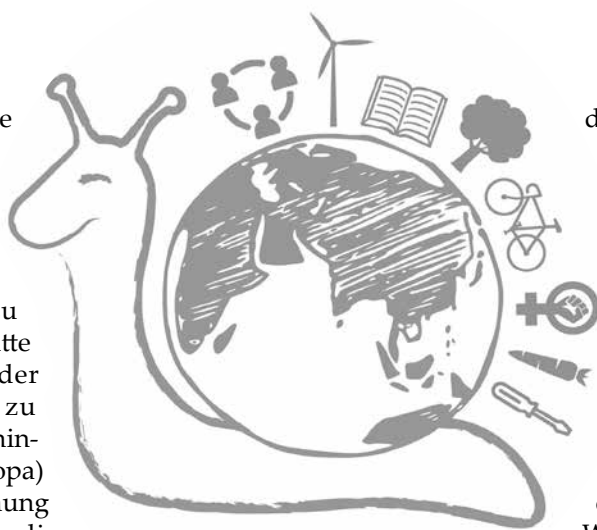
Der Verlauf der Wirtschaftskrise ist aktuell schlecht einzuschätzen. Niemand weiß, wie das Konjunkturprogramm der Bundesregierung wirken wird und niemand weiß, wie stark die Einflüsse von außen auf die deutsche Wirtschaft wirken. Aber man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass Arbeitsplätze in großem Maße vernichtet werden. Die bislang gepflegte Sozialpartnerschaft wird damit durch die Unternehmer aufgekündigt. Dem müssen die Gewerkschaften offensiv etwas entgegensetzen. Doch das ist leichter gesagt als getan. Ein Patentrezept dafür gibt es nicht. Aber sie sollten überall dort, wo es von der betrieblichen Struktur her möglich ist, dem Stellenabbau mit Streikmaßnahmen begegnen. Wie der Streik bei Voith in Sonthofen zeigt, kann dadurch eine bestimmte Außenwirkung erzielt werden, die auch andere Belegschaften zu Widerstandsaktionen ermuntert. Dabei sollten auch Betriebsbesetzungen in Erwägung gezogen werden. In den 90er Jahren war das im Osten von Deutschland häufig ein Kampfmittel, über das sich die Unternehmer und die Politik nicht so einfach hinwegsetzen konnten. Und schließlich sollte die Finanzierungsfrage der Krise aufgeworfen werden. Das Immobilienvermögen, das private Finanz- und Betriebsvermögen liegt inzwischen hierzulande bei 20 Billionen Euro. Die Reichen und Superreichen müssen deshalb über einen Lastenausgleich zur Kasse gebeten werden. Auch das wird nicht einfach sein. Aber im Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Organisationen kann eine solche Kampagne betriebliche Kämpfe begleiten und unterstützen.

Degrowth, eine neue Bewegung?

Bevor die Pandemie durch das neuartige Corona Virus (Sars CoV 2) alle Aufmerksamkeit auf sich zog, schien die „Klimakrise“ das beherrschende politische Thema zu sein. „Fridays for Future“ hatte es geschafft das Thema in der Öffentlichkeit ganz vorne zu platzieren. Dabei gibt es (zumindest in Deutschland und Europa) scheinbar eine Übereinstimmung mit den Regierungen. Auch diese erklären die Reduktion des CO2 Ausstoß zu einem ihrer wichtigsten Ziele. Die Aktivisten von „Fridays for Future“ stoßen sich am Widerspruch zwischen den grundsätzlich zustimmenden Deklarationen und Beschlüssen und den tatsächlich umgesetzten Maßnahmen. Die Diskrepanz zwischen der in Sonntagsreden zugestandenen Dringlichkeit des Problems und der Langsamkeit der Umsetzung ist auch frapierend. Es stellt sich die Frage, in wieweit das angebliche gemeinsame Ziel aus Politik, Wirtschaft etc. nämlich die Pariser Beschlüsse umzusetzen wirklich existiert, beziehungsweise ob dieses von wichtigen Mitspielern nicht als (höchstens) zweitrangig angesehen wird. Trotzdem, die Kontroverse besteht zwischen Anschiebern und Bremsern. Es geht um fossile Energie gegen nachhaltige Energie, wenn man so will einen „fossilen“ Kapitalismus gegen einen „grünen“ Kapitalismus. Bei allen konkreten Interessenskonflikten bleibt „grüner“ Kapitalismus doch Kapitalismus. Eine erfolgreiche Umgestaltung im Sinne einer Begrenzung der Klimaerwärmung ist zwar in keiner Weise garantiert, aber sie erscheint für alle Beteiligten auch innerhalb des bestehenden Gesellschaftssystems, dem Kapitalismus, möglich.

Degrowth und Postwachstum

Daneben hat sich aber in den letzten Jahren (wobei die Wurzeln viel länger zurückreichen, zu nennen wären etwa Autoren wie Ivan



Ökologie und Kapitalismus

Die ökologischen Probleme werden immer drängender. Es ist offensichtlich, dass in vielerlei Hinsicht ein einfaches „weiter so wie bisher“ keine sinnvolle Perspektive sein kann. Aber die gesellschaftlichen und politischen Bewegungen, die hauptsächlich die ökologischen Fragen thematisieren, sind sehr unterschiedlich, unterschiedlich in ihren theoretischen Grundlagen, in ihren Analysen und ihren Forderungen. Teilweise sehen sie sich auch als Alternative zu den „traditionellen und überholten“ linken Kräften. In nächster Zeit wollen wir uns verstärkt mit den verschiedenen Aspekten dieser Problematik auseinandersetzen und dazu in loser Reihenfolge Artikel veröffentlichen.

Illich und Andre Görz) eine heterogene Strömung herausgebildet, die die gegenwärtigen Verhältnisse viel grundsätzlicher in Frage stellt. Haupt Kritik- und Angriffspunkt ist das permanente wirtschaftliche Wachstum, wie es etwa in den jährlichen Steigerungsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemessen wird. Allgemein wird im wirtschaftlichen Wachstum die Basis des Wohlstands gesehen und im Ausbleiben vom Wachstum die Ursache von Krisen. Die Kritiker_innen dagegen sehen im Wirtschaftswachstum den Kern

des Übels. Dieser zentrale Punkt ihrer Kritik hat der Strömung auch den Namen gegeben. Aus dem Englischen kommend, hat sich auch im Deutschen der Begriff Degrowth eingebürgert. Eine wörtliche Übersetzung von Degrowth wäre „Entwachstum“ im Sinne von Wachstumszurücknahme, weniger sperrig aber nicht ganz präzise vielleicht „Nicht-Wachstum“. Als dazu gleichbedeutende Bezeichnung wird oft das Wort Postwachstum verwendet. Der einschlägige französische Begriff ist Decroissance.

Der Begriff Postwachstum einschließlich seiner Kombinationen wie Postwachstumsgesellschaft etc. wird allerdings nicht immer einheitlich verwendet. Manche Autoren (Beispiele wären Klaus Dörre oder Karl Georg Zinn) verstehen unter einer Postwachstumsgesellschaft eine kapitalistische Gesellschaft, in der über einen längeren Zeitraum und im Gegensatz zu früheren Perioden, nur noch ein geringes oder gar kein Wirtschaftswachstum mehr erreicht wird. Die meisten alten Industrieländer befinden sich etwa seit der Mitte der 70er Jahre in einen Zustand der Wachstumsschwäche. Es wird nun postuliert, dass diese Wachstumsschwäche in absehbarer Zeit nicht überwunden werden kann, sondern ein Zustand auf Dauer ist. (Die dazugehörigen Argumente für und wider können hier nicht weiter erörtert werden.) Nach dieser Lesart wäre die Postwachstumsgesellschaft also bereits Realität. Allerdings eine unfreiwillig erreichte Realität. Denn Regierungen, Kapital und viele sonstige Akteure streben selbstverständlich nach wie vor ein stärkeres Wirtschaftswachstum an. Bei einem Großteil der wirtschaftspolitischen Kontroversen geht es genau um diese Frage, wie wieder mehr Wachstum erreicht werden kann. Über Postwachstum in diesem Sinne, inklusive dessen Ursachen und Folgen, wird auch in der Degrowth Szene diskutiert. Was die Rede vom Postwachstum kompliziert macht und zu

Missverständnissen und Begriffsverwirrung beitragen kann. Denn normalerweise verwendet die Degrowth Bewegung den Begriff Postwachstum in einer davon abweichenden Bedeutung. Sie versteht unter einer Postwachstumsgesellschaft eine Gesellschaft, die bewusst und absichtlich auf ständiges Wirtschaftswachstum verzichtet. Der Postwachstumszustand ist also das angestrebte Ziel. In diesem Artikel wird der Begriff Postwachstum in diesem Sinne als Synonym für Degrowth verwendet.

Die Degrowth Bewegung ist sicher keine Massenbewegung. Aber sie hat Resonanz und Einfluss gefunden, besonders in (linken) intellektuellen Kreisen und im akademischen Bereich. An der Universität Jena gibt es z.B. ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziertes DFG-Kolleg „Postwachstumsgesellschaften“. Es ist unbestreitbar, dass ein nennenswerter Teil des kritischen Potentials hierzulande ihr nahesteht oder zumindest von ihr beeinflusst ist. Das gilt mehr oder weniger auch international. Seit 2008 wird alle 2 Jahre eine internationale Degrowth-Konferenz (vollständiger Name: Internationale Degrowth-Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit) abgehalten, mit jeweils hunderten Teilnehmern. (2008 Paris, 2010 Barcelona, 2012 Montreal, 2014 Leipzig, 2016 Budapest, 2018 Malmö, für September 2020 ist Manchester geplant). Über die Diskussionen auf diesen Kongressen gibt es Publikationen. Es wird überhaupt viel zu diesem Thema publiziert, manche Veröffentlichungen erreichen auch höhere Auflagen.

Es gibt also Gründe sich mit Degrowth zu befassen. Wenn man das tut, wird man mit der Tatsache konfrontiert, dass die Degrowth Szene sehr vielfältig ist. Innerhalb der Strömung gibt es viele Unterströmungen, die deutlich voneinander abweichende Vorstellungen und Konzepte vertreten. Jede Aussage, ist deshalb nur für mehr oder weniger große Teile gültig und fast nie für alle. Das macht eine Darstellung der Szene kompliziert. Im Folgenden wird aus sprachlichen Gründen nicht immer auf das Vorhandensein von abweichenden

Positionen hingewiesen. Eine gewisse Relativierung der Allgemeingültigkeit sollte man deshalb bei allen Aussagen mitdenken. Charakteristisch ist auch das weitgehende Fehlen von Organisationen, in denen sich die Anhänger_innen zusammenschließen.

Noch eine weitere einleitende Anmerkung. Es gibt auch Konservative und eher Rechte, etwa Meinhard Miegel, mit seinem von ihm gegründeten Think Tank „Denkwerk Zukunft“, die vom Ende des Wachstums und ähnlichen sprechen. Und dann gibt es auch noch ausgesprochene Rechte, etwa völkische Nationalisten, die das tun. Davon soll hier aber nicht



die Rede sein. Der Artikel bezieht sich nur auf die große Mehrheit der Degrowth Befürworter_innen, die einen emanzipatorischen Ansatz für sich beanspruchen und sich von rechten Positionen distanzieren.

Das sogenannte „Wachstumsparadigma“

Gemeinsam ist allen Unterströmungen die Kritik am „Wachstumswang“ der bestehenden Gesellschaft. Die Vorstellung, dass die Wirtschaft immer weiter wachsen muss oder soll, wird das „Wachstumsparadigma“, genannt und einer grundsätzlichen Kritik unterzogen. Die Überwindung des Wachstumsparadigma gilt als die Voraussetzung für eine nachhaltige Gestaltung der Gesellschaft. Allerdings ist die Kritik am Wachstum nicht bei allen gleich radikal. Das Spektrum der Zielvorstellungen reicht von Maßnahmen, die das Wachstum dämpfen sollen, ohne es aber notwendigerweise ganz

zu unterbinden (eher eine Minderheitenposition), über das strikte Ende jedes weiteren Wachstums, bis zum deutlichen Rückbau des gegenwärtigen Produktionsniveau.

Zur Frage wodurch die Hegemonie dieses Wachstumsparadigma begründet ist, gibt es keinen Konsens. Für manche scheint es vor allem in den Köpfen der Menschen verankert zu sein, sozusagen aus Gewohnheit weil es bereits seit Langen besteht und eine Alternative deshalb nicht mehr denkbar ist. Erst als Folge dieser ideellen Dominanz hätte sich das Wachstumsparadigma auch in Strukturen und Institutionen abgebildet und damit stabilisiert. Beispiele für wachstumsabhängige Strukturen wären das Steueraufkommen ebenso wie die Einnahmen der Rentenversicherungen und Krankenkassen, die stark vom Konjunkturverlauf abhängig sind. Gibt es Wirtschaftswachstum fließen die Einnahmen, in Zeiten der Stagnation oder Rezession kommt auch die Finanzierung von Staat und Sozialkassen ins Stocken. Das ist sicher eine richtige Feststellung, aber für eine Erklärung eines Wachstumszwangs sehr oberflächlich.

Andere gehen in ihrer Analyse tiefer und sehen das Wachstumsparadigma in der Grundstruktur der Gesellschaft angelegt. Dabei gibt es (mindestens) zwei Richtungen. Die einen identifizieren den Kapitalismus als letzte Ursache des Wachstumsparadigma, verbinden also Wachstumskritik und Kapitalismuskritik. Die anderen sehen die entscheidende Struktur im „Industrialismus“, wie sie es nennen, oft verbunden mit einer allgemeinen Kritik an Produktivkraftentwicklung und Technik. Technik, Industrie, Produktivkraftentwicklung und damit zusammenhängende Strukturen würden, nach dieser Meinung, aus sich heraus einen Wachstumszwang begründen.

Ökologische Kritik

Der wichtigste Grund für die Formulierung einer radikalen Wachstumskritik sind ökologische Argumente. Im Kern beziehen sie sich auf die (unbestreitbare) Feststellung, dass das Wirtschaftswachstum im Prin-

zip grenzenlos gedacht wird, aber alle stofflichen Ressourcen auf dem Planeten Erde (mehr oder weniger) begrenzt sind. Dabei ist der Begriff Ressourcen in weitesten Sinn zu verstehen. Also nicht nur im Sinne von Rohstoffen, die aktiv gesucht und gezielt abgebaut werden, sondern zum Beispiel auch im Sinne von Umwelt, die nur im begrenzten Ausmaß verschmutzt und belastet werden kann.

Als Teil der ökologischen Kritik kann man auch die Forderung auffassen, dass ein nachhaltiger Lebensstil und eine nachhaltige Produktionsweise verallgemeinerbar sein muss. Darunter wird verstanden, dass aus Gründen der Gleichbehandlung allen Menschen ohne Ausnahme, die gleichen Ansprüche zustehen. Der Lebensstil im globalen Norden verbraucht viel mehr Ressourcen und hinterlässt einen viel größeren ökologischen Fußabdruck, als der im globalen Süden. Ein Anheben aller auf das Niveau des globalen Nordens könne aber kein sinnvolles Ziel sein, weil das zum ökologischen Zusammenbruch führen würde. Dieser kann bisher noch vermieden werden, weil eben nur ein privilegierter und relativ kleiner Teil der Weltbevölkerung diesen aufwendigen Lebensstil pflegt. Das wäre aber ein Zustand, der auf Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann und aus Gerechtigkeitsgründen auch nicht aufrecht erhalten werden soll. Das ist in etwa die weitverbreitete Argumentationslinie, mit der Solidarität mit dem globalen Süden eingefordert wird. Ein gewisses Wirtschaftswachstum wird nur noch den bisher benachteiligten Ländern zugestanden, von den reichen Ländern wird dagegen ein Rückbau ihres jetzigen Produktionsniveaus gefordert. Das zukünftige gemeinsame Niveau sollte ungefähr in der Mitte liegen, unter dem jetzigen Niveau des globalen Nordens, aber über dem des globalen Südens.

Die meisten Degrowth Anhänger_innen stehen sehr skeptisch bis ablehnend allen Hoffnungen gegenüber, durch bessere, effizientere, „grünere“ Technik die Produktion so umweltfreundlich gestalten zu können, dass sie mit dem Gebot der Nachhaltigkeit vereinbar ist. Solche Vorstellungen werden mehr oder weniger heftig als (gefährliche) Illusion gebrand-

markt, „grünes“ Wachstum, im Sinne von Vereinbarkeit von Ökologie und Wachstum, sei unrealistisch.

Ein wichtiges Argument ist dabei der Verweis auf die sogenannten Rebound-Effekte (etwa Rückschlag-Effekte). Von solchen Effekten spricht man, wenn ein erzielter Erfolg gleichzeitig der Grund dafür ist, diesen Erfolg wieder zunichte zu machen. Angenommen, es gelingt bei der Produktion eines Gutes erhebliche Mengen an Material und/oder Energie einzusparen, also die Ressourcen zu schonen. Diese Einsparungen führen



dann meistens zu Preissenkungen. Wegen der geringeren Preise wird mehr verkauft, folglich mehr produziert und der Ressourcenverbrauch steigt wieder. Der Einsatz der neuen Produktionsmethode hat damit auf längere Sicht nicht wirklich zu einer Schonung der Ressourcen geführt, sondern zum Gegenteil. Durch entsprechende Untersuchungen ist belegt, dass in der Vergangenheit häufiger durch solche Rebound-Effekte anfängliche Fortschritte wieder zunichte gemacht wurden.

Natürlich werden diese Argumente nicht nur, so wie hier, in gestraffter Form entwickelt. Es gibt ausführliche Analysen zu diesen Themen. Aber es ist auffallend, die meisten Autoren_innen werden nicht ganz so konkret. Sie vermeiden es, die genauen Grenzen des Wachstums aufzuzeigen, z.B. welche Rohstoffe wie genau be-

grenzt sind. Es ist oft vom Peak Oil und vom Peak Everything die Rede, quantifiziert wird aber dann nicht. Auch die Kritik an Konzepten des „grünen“ Wachstums begnügt sich oft mit grundsätzlichen und pauschalen Thesen einerseits und kleinteiliger Kritik an Unzulänglichkeiten und Lücken andererseits. Eine wirklich stringente Argumentationskette wird nicht erreicht.

Die ökologischen Argumente bilden für die meisten Wachstumskritiker_innen den harten Kern ihrer Argumentation. Die ökologische Notwendigkeit würden früher oder später eine grundlegende Umgestaltung der Wirtschaftsweise herbeiführen, sei es durch einen rechtzeitigen und freiwilligen Umbau oder erzwungen durch die auf Dauer nicht zu verhindernden katastrophalen Auswirkungen. Entsprechend der Parole „Degrowth by design or by disaster“.

Kritik am „Konsumismus“

Weit verbreitet ist auch Kritik am Konsum, genauer gesagt an der Art und Weise wie in den reichen Ländern konsumiert wird, oder Kritik am „Konsumismus“ wie das in der Szene genannt wird. Viele konsumierte Waren würden gar nicht das Wohlergehen der Menschen steigern, sondern nur künstlich erzeugte Scheinbedürfnisse befriedigen. Besonderer Kritik unterliegen die sogenannten Positionsgüter, deren Konsum vor allem dazu dient, die eigene Position gegenüber anderen hervorzuheben. Bei den Positionsgütern ist zusätzlich ein fataler Effekt zu beobachten. Denn bei diesen Gütern besteht die Tendenz, durch allgemeine Verbreitung die gewünschte Wirkung zu verlieren. Wenn alle ein bestimmtes Konsumgut zur Verfügung haben, kann man sich damit nicht mehr von den anderen abheben und man braucht zu diesem Zweck etwas Neues und Zusätzliches. Deshalb wird durch die Positionsgüter eine Konsumspirale angetrieben, die nie zu einem Ende kommt.

Für manche Richtungen in der Postwachstumsbewegung ist Kritik am Konsumismus ein zentraler Punkt. Auf Unterscheidungen zwischen echten und Scheinbedürfnis-

sen wird großer Wert gelegt. Die Änderung des persönlichen Konsumverhaltens wird als wichtiger Ansatzpunkt für den Umbau in Richtung Postwachstumsgesellschaft betrachtet.

Oft wird in diesen Zusammenhängen auf das „Glücks Einkommens Paradox“ verwiesen das der amerikanische Ökonom Richard Easterlin 1974 durch seine empirischen Untersuchungen des statistischen Zusammenhangs zwischen BIP und einem subjektiven Glücksempfinden feststellte (deshalb auch Easterlin Paradox genannt). Gemäß seinen Untersuchungen verhält es sich so: die Lebensqualität weist bei relativ niedrigen BIP einen direkten Zusammenhang zur Höhe des Einkommens auf, das heißt bei Menschen mit geringen Einkommen bewirkt eine Einkommenssteigerung auch eine Steigerung der Zufriedenheit (des Glücks). Je höher das BIP und damit auch das durchschnittliche Einkommen ansteigt, desto geringer wird dieser Zusammenhang, um ab einem gewissen Punkt überhaupt nicht mehr feststellbar zu sein. Inzwischen gibt es mehrere Untersuchungen von verschiedenen Autoren_innen, die zu ähnlichen Ergebnissen kommen. (Letztlich handelt es sich dabei um die alte Volksweisheit „Geld allein macht nicht glücklich“). Daraus wird

gefolgert, dass eine Begrenzung des Konsums ohne echte Einschränkungen der Lebensqualität möglich ist. Dieser Einschätzung kommt aus der Sicht der Degrowth Befürworter_innen zentrale Bedeutung zu. Denn sie könnte einen Weg zu einem generellen und freiwilligen Verzicht auf Konsum eröffnen.

In Degrowth Kreisen ist im Allgemeinen durchaus ein Bewusstsein von den wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten vorhanden, auch davon, dass die Ungleichheit in der jüngeren Vergangenheit eher zugenommen hat. Die einschlägigen Arbeiten von Thomas Piketty werden häufig zitiert und als Beleg dafür gesehen, dass Wirtschaftswachstum die soziale Ungleichheit nicht beseitigen wird. Geht es aber um Kritik am Konsumverhalten spielt die Ungleichheit kaum mehr eine Rolle. Die Klassenfrage interessiert da nicht.

Weitere Kritik an der Wachstumsgesellschaft

Ein weitere Kritikpunkt bezieht sich auf die Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Maß für den Wohlstand eines Landes. Das BIP summiert alles auf, was eine Gesellschaft hervorbringt, aber nur den Geldausdruck, Marxisten würden sagen den Tauschwert. Gebrauchswerte

(seien sie nun wichtig oder zweifelhaft) spielen bei der Berechnung des BIP keine Rolle. Deshalb können auch wirtschaftliche Aktivitäten, von denen Umweltzerstörung oder eine Gefahr für die Gesundheit ausgeht, als positive Beiträge in die Berechnung des BIP eingehen.

Sicher eine zutreffende Kritik. Aber in einer kapitalistischen Gesellschaft ist der Geldausdruck, die monetäre Seite oder der Tauschwert die zentrale ökonomische Größe. Deshalb ist das BIP nicht zufällig das statistische Maß für die Beschreibung der ökonomischen Aktivitäten einer kapitalistischen Gesellschaft. Das Wohlergehen einer Gesellschaft dagegen ist selbstverständlich vom Gebrauchswert der Waren abhängig und vom Zugang zu sozialen Diensten wie etwa für Bildung, Gesundheit und Pflege. (Dienste, die auch in kapitalistischen Gesellschaften oft keine Warenform haben und staatlich oder gemeinwirtschaftlich organisiert sind). Um das Wohlergehen abzubilden, müsste eine Bilanz entwickelt werden, die auf Gebrauchswerte und gesellschaftlichen Nutzen basiert und auch Zerstörungen und Verluste, die bei der Produktion anfallen, einbezieht. Da viele Degrowth Anhänger_innen nicht systematisch zwischen Gebrauchswert und Tauschwert unterscheiden, bilden ihre Aussagen

Der Grundwiderspruch - Kapitalismus und Ökologie

Wachstumswang

Kapitalakkumulation gehört zum Wesen des Kapitalismus. Kapital muss sich verwerten, d. h. Profit abwerfen. Geld wird investiert, um mehr Geld zu erwirtschaften. Der erzielte Profit wird meistens nur zu einem geringen Teil von den Kapitalisten konsumiert. Für den größeren Teil wird nach einer profitablen Wieder-Anlagemöglichkeit gesucht und damit beginnt der Verwertungszyklus vom neuen, auf erweiterter Basis. Die Kapitalakkumulation ist notwendigerweise mit wirtschaftlichen Aktivitäten verbunden, die einem immer höheren monetären Gegenwert entsprechen. Historisch war das auch immer mit einer Ausdehnung der materiellen, stofflichen Produktion verknüpft. Eine Entkop-

pelung von Kapitalakkumulation (und damit Wachstum ausgedrückt in Werten) und der materiellen Produktion (mit entsprechenden Ressourcenverbrauch) ist zur Zeit nicht sichtbar. Es ist fraglich, ob eine vollständige Entkoppelung überhaupt möglich ist. Möglich erscheint aber eine teilweise Entkoppelung, mit der ausgewählte Rohstoffe und Produktionsweisen (Freisetzung von CO2) durch andere Materialien und Energieformen ersetzt werden. Vorausgesetzt es gibt gesellschaftlichen Druck in diese Richtung.

Raubbau an der Natur

Der Wert von Waren bemisst sich im Kapitalismus nach der darin enthaltenen Arbeitszeit. Wasser und

besonders Luft waren (oder sind) oft ohne Arbeitsaufwand zugänglich. Insofern besitzen sie keinen Wert. Rohstoffe wie Erze, Kohle, Erdöl, Mineralien etc. finden sich in der Natur, sie werden also (im engeren Sinne) nicht produziert. Arbeitskraft ist notwendig, um Lagerstätten zu finden, die Rohstoffe aus der Erde zu hohlen, sie gegebenenfalls vorzubehandeln, z.B. den Erzanteil anzureichern, und sie dann dorthin zu transportieren wo sie gebraucht werden. In der Realität kann das relativ einfach sein (z.B. bei Sand und Kies) oder sehr kompliziert, verbunden mit dem Einsatz von viel Technik und Kapital. Entsprechend dem Aufwand bei der Förderung kommt dem Rohstoff ein mehr oder weniger großer Tauschwert zu, der die Basis

oft eine unsystematischen Mischung von Kritik an beiden. Sie beklagen die Anhäufung von monetären Größen, also Werten (wie sie im BIP erfasst werden) ebenso wie den Verbrauch von Rohstoffen und Energie, den es ja auch bei nützlichen Gebrauchsgütern gibt, ohne die notwendige Trennung bei der Beurteilung von beiden vorzunehmen.

Neben dem Wirtschaftswachstum selbst werden auch viele andere Erscheinungen der modernen Gesellschaften einer Kritik unterzogen. Postwachstumsgesellschaften sind deshalb, in den Augen ihrer Befürworter_innen, nicht einfach als Gesellschaften ohne Wachstum gedacht, sondern sollten eine weitgehende Emanzipation ermöglichen. Befreiung nicht nur von Wachstumszwängen, sondern auch von vielen anderen Zwängen und Problemen.

So wird auch auf die psychischen Belastungen der Menschen in den modernen Gesellschaften hingewiesen. Durch den vorhandenen Druck der beständig steigenden Anforderungen und der permanenten Beschleunigung von allem, werden viele Menschen auf Dauer überfordert. Das erzeugt Stress und als Folge davon psychische Krankheiten. Viele Autoren_innen greifen auch auf die Erkenntnisse über Entfremdung, wie

sie seit langen auch von marxistischer Seite diskutiert werden, zurück.

Ein wichtiges Anliegen ist vielen die Neubewertung und Neuverteilung von Arbeit. Meistens werden Vorstellungen entwickelt die Zeit für Erwerbsarbeit zu kürzen. Das soll Zeit schaffen für Arbeit, die unmittelbar der Subsistenz dient. Subsistenzarbeit wird als nicht entfremdete und die Natur nicht belastende oder gar zerstörende Arbeit vorgestellt.

Von feministischer Seite wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Stellung der Sorgearbeit in der Gesellschaft zu verbessern, ihre Verteilung zwischen den Geschlechtern, die allgemeine gesellschaftliche Anerkennung und die (zu geringe) Bezahlung, falls sie als Lohnarbeit geleistet wird.

Viele Befürworter_innen einer Postwachstumsgesellschaft entwerfen auf ziemlich abstrakter Ebene und in einer sehr idealistischen Art und Weise eine Gesellschaft die kein Wirtschaftswachstum aufweist und darüber hinaus einer idealen Gesellschaft nahekommt. Die vorgestellte Postwachstumsgesellschaft kennt deshalb auch umfassende Demokratisierung, soziale Gleichheit, Geschlechtergerechtigkeit, ist frei von Diskriminierung und übt Nord-Süd Solidarität. Alle diese Ziele werden für unverzichtbar erklärt. Wie aber wäre eine Gesellschaft zu beurteilen,

die zwar die natürlichen Ressourcen schont, aber in einer anderen wichtigen Frage, sei es Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit oder religiöse Duldsamkeit erheblich vom gewünschten Idealzustand abweicht? Was hätte dann Priorität? Gibt es eventuell notwendige, vielleicht sogar materielle, Voraussetzungen, um diese Ziele erreichen zu können? Solche Fragen werden normalerweise nicht gestellt.

Das Konzept Buen Vivir

Das „Konzept Buen Vivir“ (gutes Leben) ist unabhängig von der Postwachstumsbewegung in Lateinamerika entstanden. Buen Vivir wurde stark von Vorstellungen indigener Gruppen geprägt. Lokaler Widerstand gegen diverse Projekte von Rohstoffabbau und den damit verbundenen ökologischen Zerstörungen und sozialen Verwerfungen (die lokale Bevölkerung profitiert nur sehr wenig von diesen Vorhaben, muss aber die Lasten tragen) haben wesentlich zur Herausbildung des Konzepts beigetragen. Es steht für die Untrennbarkeit von Mensch und Natur. Es steht für ein Leben im Gleichgewicht mit der Natur und für eine harmonische Integration des Einzelnen in die menschliche Gemeinschaft. Es strebt nach einem nachhaltigen und wür-

für die Preisfindung des Rohstoffs ist. Normalerweise fordert auch der Eigentümer des Grund und Bodens, auf dem der Rohstoff lagert, eine Vergütung für die Fördererlaubnis. Diese Vergütung, eine spezielle Art der Grundrente, geht ebenso in den Rohstoffpreis ein. Es liegt in der Natur der Sache, dass zuerst die Lagerstätten ausgebeutet werden, die einfach und kostengünstig zu erschließen sind. Nach deren Erschöpfung bzw. bei großer Nachfrage werden auch schwieriger und zu höheren Kosten abzubauenen Lagerstätten erschlossen. Für die Preisfindung eines Rohstoffs sind dabei die Kosten der jeweils ungünstigsten Fördergebiete, die noch benötigt werden, um die Nachfrage zu befriedigen, maßgeblich. Alle Anbieter, die günstiger fördern können, erzielen einen Extraprofit. Die Seltenheit eines Rohstoff

spielt dabei nur insofern eine Rolle, als diese den Aufwand zu seiner Aufindung und Gewinnung beeinflusst. Eine sich eventuell abzeichnende Erschöpfung von Lagerstätten in der Zukunft, muss nicht unbedingt für die aktuellen Fördermengen und Preise relevant sein. Das ändert sich erst, wenn die Förderung effektiv eingeschränkt werden muss.

Alles was eine direkte oder indirekte Folge der Produktion ist, wofür aber keine zahlungsfähige Nachfrage existiert, ist nach kapitalistischer Logik wertlos. Das einfachste ist deshalb sich um solche Dinge nicht zu kümmern. Egal ob es sich um durch Bergbau verwüstete Landschaften, anfallende Begleitstoffe (CO₂) oder einfach Abfall aller Art handelt, die einfachste und kostengünstige Lösung ist immer das Nichtstun, die

simple Entsorgung in die Umwelt. Wenn dabei Regeln eingehalten werden sollen, sind diese von der Gesellschaft, dem Staat, vorzugeben und deren Einhaltung unter Strafandrohung zu kontrollieren. Dabei besteht ein ständiger Anreiz, sich solcher Regeln wieder zu entledigen (z.B. durch Verlagerung in Länder mit weniger strikten Auflagen) und die damit verbunden Kosten zu vermeiden.

Der Einsatz von Ressourcen ist mit Kosten verbunden. Auch der Kapitalismus ist ressourcenschonend, wenn damit insgesamt Kosten reduziert werden können. Ist der Einsatz (oder die Verschwendung) von Ressourcen dagegen kostengünstiger als deren Schonung (Neuproduktion billiger als das Recyceln), wird sich, gemäß der kapitalistischen Logik, das Kostenargument durchsetzen.

digen Leben für alle. Dabei fließen traditionelle indigene Vorstellungen von der Verbundenheit von Mensch und Natur und dem menschlichen Zusammenleben ein.

Inzwischen hat der Begriff sich weit über Lateinamerika hinaus ausgebreitet. Viele Autoren_innen der Degrowth Szene beziehen sich darauf und betonen die Gemeinsamkeiten. Buen Vivir ist zu einer Art Kurzbeschreibung eines zentralen Ziels der Postwachstumsgesellschaft geworden.

Wie bereits erwähnt ist die Postwachstumsbewegung keineswegs einheitlich. Je nachdem welche Kri-

denen Richtungen anhand von Publikationen identifiziert werden. Zu nennen wäre etwa das Buch „Postwachstumsgesellschaft“ von Irmi Seidl und Angelika Zahrt, das eine größere Verbreitung gefunden hat. Die Autorinnen fordern aus ökologischen und moralischen Gründen die Abkehr vom bisherigen Wachstumskurs und den Umbau der nach ihrer Meinung wachstumstreibenden Institutionen bzw. Strukturen wie Alterssicherung, Gesundheitssystem, Bildungswesen, Steuern und Finanzen, um sie wachstumsunabhängig zu machen. Die Zurücknahme von Konsum und Produktion fordern sie nicht

Marktwirtschaft. Damit sind sie eine der wenigsten radikalen Kritikerinnen der bestehenden Verhältnisse innerhalb des Degrowth Spektrums.

Suffizienz orientierte Strömungen

Ein bedeutender Teil von Degrowth propagiert die Suffizienz (Genügsamkeit). Anhänger_innen der Suffizienz appellieren an die Menschen, ihren Konsum einzuschränken, das Leben strikt auf Nachhaltigkeit auszurichten und den persönlichen ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Aus ihrer Sicht ist die Einschränkung des Konsums aber eher Befreiung und weniger Verzicht. Sie plädieren für mehr Reparatur und weniger Neuproduktion, meistens auch für eine strikte Regionalisierung des Wirtschaftens und für eine erhebliche Reduzierung der für Erwerbsarbeit aufgewendeten Zeit zugunsten von mehr Subsistenzarbeit. Diese Strömung setzt hauptsächlich auf eine Verhaltensänderung der Individuen. Eine jeder müsse sein Leben überprüfen und Verantwortung übernehmen. Massenhafte Schritte in diese Richtung würden natürlich das Produktionsniveau erheblich senken. Gelegentlich ist vom einem verbleibenden Rest an Industrieproduktion die Rede. Was genau zu diesen Rest gehören soll, oder ob dieser vielleicht nur in einer (längeren) Übergangszeit weiterbestehen soll, wird nicht entwickelt. Das Buch von Niko Paech (siehe



terien man heranzieht, kann man verschiedene Strömungen unterscheiden. Wegen dem Fehlen von Organisationen mit ausgearbeiteter Programmatik können die verschie-

ausdrücklich. Ihre Argumentation könnte man als ökologisch und sozialliberal einstufen. Sie setzen beim geforderten Umbau auf Marktinstrumente und befürworten eine soziale

Befreiung vom Überfluss, Das Buch von Niko Paech

2012 erschien das Buch „Befreiung vom Überfluss“ von Niko Paech. Es entwickelte sich zu einer Art Bestseller und erlebte 2019 bereits die 11. Auflage. Es ist ein kleines Buch mit ca. 150 Seiten. Niko Paech ist Ökonom und sein Buch hat den Untertitel „Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie“. Trotzdem spielen darin ökonomische Fragen im engeren Sinn kaum eine Rolle. Es ist vielmehr eine engagierte, man könnte auch sagen wütende, Streitschrift und vertritt im wesentlichen 3 Thesen:

„Unser ohne Wachstum nicht zu stabilisierender Wohlstand ist das

Resultat einer umfassenden ökologischen Plünderung. Versuche die vielen materiellen Errungenschaften einer Abfolge von Effizienzfortschritten oder anderweitiger menschlicher Schaffenskraft zuzuschreiben, beruhen auf einer Selbsttäuschung.“ ...“Demnach leben die Menschen in modernen Konsumgesellschaften in dreifacher Weise über ihre Verhältnisse; sie eignen sich Dinge an, die in keinem Verhältnis zu ihrer eigenen Leistungsfähigkeit stehen. Sie entgrenzen ihren Bedarf erstens von den gegenwärtigen Möglichkeiten, zweitens von den eigenen körperli-

chen Fähigkeiten und drittens von den lokal oder regional vorhandenen Ressourcen.“

„Jegliche Anstrengungen, wirtschaftliches Wachstum durch technische Innovationen von ökologischen Schäden zu entkoppeln, sind bestenfalls zum Scheitern verurteilt.“

„Das Alternativprogramm einer Postwachstumsökonomie würde zwar auf eine drastische Reduktion der industriellen Produktion hinauslaufen, aber erstens die ökonomische Stabilität der Versorgung (Resilienz) stärken und zweitens keine Verzichtsleistung darstellen, sondern

dazu eigenen Beitrag) ist typisch für die Strömung.

Eng verzahnt mit den Suffizienz orientierten Strömungen sind die auf alternative Projekte ausgerichteten Gruppen und Initiativen. Die konkreten Projekten sollen im hier und jetzt, gleichsam in einem „Nowtopia“ wie es genannt wird, mit der alternativen Lebensform beginnen. z.B. in Kooperativen des genügsamen und solidarischen Produzierens, der solidarischen Landwirtschaft und ähnlichen.

Kritik am „Industrialismus“

Eine weitere Untergruppe sind die Kritiker_innen des „Industrialismus“. Industrialismus bezeichnet dabei die Gesamtstruktur einer auf mechanisierter Arbeit beruhenden modernen Industriegesellschaft. Die Kritik am Industrialismus postuliert, die identifizierten negativen Tendenzen der Gesellschaft wie Wachstumszwang, destruktiver Umgang mit der Natur, Entfremdung usw. wären bereits im industriellen Produktionsapparat selbst, in der Technik und den entwickelten Produktivkräften angelegt. Die Industrialismus Kritik bezieht sich ausdrücklich auf kapitalistische und sozialistische Gesellschaften. Der industrielle Einsatz von Produktivkraft und Technik sei grundsätzlich herrschaftsförmig angelegt und würde die menschliche Selbstbestimmung einschränken und zwar unabhängig von den Eigentumsverhältnissen. Produktiv-

kraftsteigerungen gelten deshalb als prinzipiell problematisch und keineswegs als automatisch wünschenswert. Nach dieser Ansicht sind also nicht nur die jetzt bestehenden Formen der Technik und Maschinerie problematisch, sondern bereits die Produktivkraftentfaltung als solche. Eine Steigerung der Produktivkräfte würde immer auch eine Erhöhung des Energieverbrauchs bedeuten. Die Produktion ist unweigerlich mit Materialverbrauch verbunden. Die Komplexität der Gesellschaft nimmt fast unvermeidlich mit den Einsatz von entwickelten Produktivkräften weiter zu. Es käme aber darauf an, die Komplexität der Gesellschaft zurückzunehmen. Denn Komplexität macht die Verhältnisse unüberschaubar, erhöht die Abhängigkeiten und damit auch die Krisenanfälligkeit.

Das Streben nach Steigerung der Produktivität selbst gilt als Wachstumstreiber und Grund für den Wachstumszwang. Technik sei eben nicht neutral und daher nicht einfach von der Profitlogik abzulösen. Für manche Autoren (Lewis Mumford, Otto Ullrich) betrifft die Nicht-Neutralität der Technik nicht nur den Produktionsapparat, sondern ist bereits in der naturwissenschaftlich-technischen Herangehensweise angelegt, die bereits in sich ein herrschaftsförmiger Vorgang wäre. Die naturwissenschaftliche-experimentelle Rationalität ginge einher mit einem quasi-religiösen Glauben an Technik als Heilsbringer. Tech-

nische Innovation werde so zum Selbstzweck.

Bei einer solchen Argumentation stellt sich die Frage, was ist das Ziel der Industrialismus Kritiker_innen? Auf welche Stufe der Produktivkraftentfaltung soll denn zurückgegangen werden? Wann und warum wäre eine Produktionsweise kein Industrialismus mehr?

Postwachstum und Kapitalismuskritik

Kapitalismuskritische Äußerungen finden sich in sehr vielen De-growth orientierten Publikationen. Da wird gegen Profitgier, mächtige Konzerne, Ausbeutung usw. heftig polemisiert. Bei der weiteren Lektüre sieht man aber, dass die Kapitalismuskritik häufig sehr oberflächlich bleibt. So kann es z.B. vorkommen, dass neben den Konzernen auch die Gewerkschaften als wachstumstreibende Großstrukturen kritisiert werden. Damit soll nicht ausgedrückt werden, dass eine Kritik an Gewerkschaften nicht zulässig wäre, aber man muss schon die unterschiedliche Stellung von Konzernen und Gewerkschaften im Produktionsprozess und Gesellschaft zur Kenntnis nehmen, nur Kritik an Großstrukturen ist nicht antikapitalistisch.

Aber ein erheblicher Teil der De-growth Anhänger_innen betreibt ernsthafte Kapitalismuskritik. Sie erkennen den Kapitalismus als Wirtschaftssystem, der das ständige Wirt-

sogar die Aussicht auf mehr Glück eröffnen“ (alle Zitate auf Seiten 10 und 11).

Paech bringt viele typische ökologische Argumente, beklagt die „Plünderung der Natur“, verweist auf Rebound-Effekte, kritisiert das Konsumverhalten usw.. Mit Blick auf das heutige Konsumniveau plädiert er für Weglassen und Suffizienz (Genügsamkeit). Nach Paech „...ruht das Fundament eine Postwachstumsökonomie auf einer Theorie der Subsistenz und Suffizienz, ...“ (S 114). Weitere für ihn typische Formulierungen sind: „Weniger ist mehr“, „Wohlstandsballast abwerfen“, „Reizüberflutung vermeiden“, „Zeitsouverenität gewinnen“ sowie ein Plädoyer für die „Eigenproduk-

tion (z.B. Nahrung, Handwerk, Erziehung)“.

Seine Vorschläge für eine Postwachstumsökonomie beinhalten vor allem weniger Neuproduktion und mehr Reparatur, die Regionalisierung der Produktion (er plädiert auch für regionale Komplementärwährungen) sowie Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit auf ca. 20 Stunden, um Zeit für Eigenproduktion zu gewinnen. Paech macht klar, dass seine Vorschläge auf eine erhebliche Reduzierung des gegenwärtigen Produktionsniveaus hinauslaufen würden. Aber ein Rest von industrieller Produktion soll erhalten bleiben (siehe S 131).

Sehr wichtig ist ihm die Resilienz, also die Stabilität und Widerstands-

fähigkeit gegen äußere Schocks. Das wird im Buch immer wieder betont. Auch deshalb werden lokale oder regionale Produktion und kurze Lieferketten befürwortet.

Den Schlüssel für eine Veränderung der Verhältnisse sieht er bei den einzelnen Menschen, bei den Subjekten, diese sollen ihr Verhalten, ihren Lebensstil ändern (siehe S 97 ff). Eine Differenzierung der Individuen nach verschiedenen Lebenslagen findet man nicht und schon gar nicht so etwas wie die Unterscheidung von Klassen mit unterschiedlichen Interessen. Paech listet zwar auch etliche Vorschläge für eine Postwachstumspolitik auf (S 134 ff), insgesamt ist er aber gegenüber den Möglichkeiten

schaftswachstum fordert. Die im Kapitalismus notwendige ständige und im Prinzip grenzenlose Kapitalakkumulation wird als Antrieb und Begründung für das Wachstum benannt, ebenso wie der aus der Akkumulation abgeleitete Profitzwang, die kapitalistische Konkurrenz etc. Dementsprechend definieren sich auch viele als antikapitalistisch. Allerdings ist besonders hier auf die große Bandbreite der Meinungen hinzuweisen. Das Verständnis von Kapitalismus und damit auch Antikapitalismus kann sich bei Einzelnen erheblich unterscheiden. Dazu ein Zitat von Matthias Schmelzer und Andrea Vetter, die die Situation so charakterisieren (S. 109): *„Das Verhältnis zwischen Kapitalismus- und Wachstumskritik ist ein ambivalentes und kompliziertes, das durch viel gegenseitige Skepsis geprägt ist. So gibt es in Teilen der Postwachstumsspektrums Berührungsängste und ein Zurückschrecken gegenüber den daraus folgenden Konsequenzen – namentlich das Anerkennen, dass Postwachstum eigentlich auch Postkapitalismus bedeuten müsste. Und es wird von Postwachstumsseite angemerkt, dass mit der Ablehnung des Kapitalismus noch längst nicht die Ablehnung der mit technischen Fortschrittsglauben und mit materiellen Wachstum einhergehenden Zerstörungen mit sich bringt – schließlich war nicht nur der real existierende Sozialismus ein ausgesprochen wachstumsorientiertes und technokratisches Projekt, sondern auch viele heutige Vorschläge für Sozialismus oder Postkapitalismus fallen*

hinter eine emanzipatorische Wachstumskritik zurück.“

Festzuhalten ist, dass viele Wachstumskritiker_innen Kapitalismuskritik betreiben, für sich aber beanspruchen, über Kapitalismuskritik hinauszugehen, die Probleme der Gegenwart umfassender zu analysieren und zu kritisieren und einen Ansatz zu vertreten, der emanzipatorischer ist als der, der „traditionellen“ linken antikapitalistischen Strömungen.

Wir werden auf die Themen Technik, Produktivkräfte, Industrie, Wachstum und Ökologie in einer der nächsten Nummern noch ausführlich eingehen.

Degrowth, Kritik und Resümee

Unterzieht man die Aussagen der Degrowth Bewegung einer kritischen Überprüfung kommt man zu dem Ergebnis: Ihr wesentlicher Beitrag ist die radikale Thematisierung der ökologische Frage. Auch im „Mainstream“ nimmt die Ökologie inzwischen eine prominente Position ein. Der Mainstream mogelt sich aber oft an der Tiefe des Problems vorbei. Verdienstvoll ist deshalb auch die Kritik der allzu optimistischen Vorstellungen vom „grünen“ Wachstum und das ausdrückliche Bestehen auf einer globalen Ressourcengerechtigkeit. Bei diesen Punkten gelingt es Degrowth den gegenwärtigen Verhältnissen einen schonungslosen aber realistischen Spiegel vorzuhalten und Pseudolösungen als solche zu benennen.

Allerdings gibt es wenig was über die Benennung der Probleme hinausgeht. Sieht man vom Aufruf zum individuellen Konsumverzicht ab, hat Degrowth kaum eigene Vorschläge und Strategien für die Zukunft entwickelt.

Bei der weiteren Kritik über die Ökologie hinaus, an Entfremdung, Diskriminierungen, Genderungerechtigkeiten, wirtschaftliche und soziale Ungleichheit etc., bleibt, so richtig die Kritik im einzelnen meistens ist, der Zusammenhang mit einem „Wachstumsparadigma“, mit Wirtschaftswachstum als solchen, unklar. Für alle diese Themen gibt es seit langen fundierte Analysen von Marxisten und Nicht-Marxisten, die sowohl ihre gesellschaftliche Bedingtheit, als auch ihre partielle Eigenständigkeit aufzeigen. Es ist nicht wirklich zu erkennen, welcher Erkenntnisgewinn durch die Beiziehung der Degrowth Thematik erzielt wird. Alle kritisierten Verhältnisse sind auch in einer nicht auf ständigen Wirtschaftswachstum ausgerichteten Gesellschaft möglich. Der vorkapitalistische Feudalismus in Europa und die vorkapitalistischen Verhältnisse in vielen anderen Gegenden zeigen klar, dass vielerlei Ungleichheiten, Diskriminierungen und Ausbeutungsverhältnisse ohne ein Wachstumsparadigma existieren können.

Es gilt auch daran festzuhalten, dass, historisch gesehen, mit der Entfaltung der Produktivkräfte auch Emanzipationserfolge verbunden

der Politik skeptisch. Er schreibt (S 139/140) „... dürfte eine Postwachstumsökonomie jeden politischen Akteur überfordern, solange die Systemlogik zeitgenössischer Konsumdemokratien durch einen Überbietungswettbewerb in Bezug auf weitere Freiheits- und Wohlstandsversprechungen gekennzeichnet ist. Dementsprechend hat das Festhalten an der sogenannten Macht- oder Systemfrage bisher nur in eine Sackgasse geführt.“ Paech setzt auf die Individuen, erst wenn diese die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Veränderung ihres Lebensstils durch entsprechende Taten glaubwürdig zu erkennen geben, könne auch die Politik in Richtung einer Postwachstumsgesellschaft folgen.

In der Argumentation von Paech ist des öfteren ein Schwanken zwischen großer Radikalität und eher kleineren Verbesserungsvorschlägen festzustellen. Ein Beispiel dazu. Er plädiert für die gemeinschaftliche Nutzung von Gütern (S 120). „Objekte wie Autos, Waschmaschinen, Gemeinschaftsräume, Gärten, Winkelschleifer, Digitalkameras etc. sind auf unterschiedliche Weise einer Nutzungsintensivierung zugänglich.“ Selbstverständlich ist dagegen nichts einzuwenden, aber wie ist das mit den Autos? Einige Seiten vorher wurde noch erklärt wie schädlich die immens gesteigerte Mobilität ist, und dass Elektroautos auch keine ökologische Lösung sind. Vermutlich erklärt sich das Schwan-

ken aus seiner Subjektorientierung. Die radikalen Veränderungen sind das, was er eigentlich will. Die vorsichtigen, kleineren Vorschläge sind die Brücke, die er für die Individuen baut, in der Hoffnung, dass sie diese betreten mögen.

Speziell sind Paechs Ansichten zu Arbeit, Arbeitskraft, Produktivkräfte, Wissenschaft und Technik. Für ihn scheint eine Tätigkeit nur Arbeit zu sein, wenn sie körperlich anstrengend ist und/oder eine handwerkliche Geschicklichkeit erfordert. Er sieht zwar (S 45) „... der Produktionsfaktor Mensch ... plant, steuert, designt, koordiniert, kommuniziert oder gestaltet Informations- und Geldflüsse.“ Solches gilt ihm aber nur als simulierte Arbeit. Der Begriff

waren, wie etwa die Etablierung der bürgerliche Demokratie, die Gleichberechtigung der Geschlechter oder in Bezug auf Homosexualität. Es geht gewiss nicht darum, die jetzigen Zustände zu idealisieren, aber Fakt ist: in Bezug auf Emanzipation schneiden gegenwärtig die Zentren, die ja auch Zentren des Wachstums waren und sind, eher besser ab als die Peripherie.

Auch zu anderen gesellschaftlichen Fragen und Problemen wurde schon in vielen Analysen die kapitalistische Bedingtheit dargestellt, z..B. auch zum Komplex der Sorgearbeit. Die Schwierigkeit Tätigkeiten der Pflege und Sorge in die Mehrwertproduktion einzubeziehen, reproduziert im Kapitalismus die Tendenz diese Tätigkeiten schlecht zu bezahlen, ihnen einen geringen Stellenwert zuzuweisen, also sie insgesamt prekär zu halten.

Durch die im Kapitalismus vorgegebene Dominanz von Tauschwert und Kapitalakkumulation lässt sich das ökologische Dilemma gut erklären. Eine ökologische Organisation der Produktion kann nur gelingen, wenn diese auf die Gebrauchswerte ausgerichtet wird. Nur so kann der Nutzen für die Menschen und der Schaden, der bei der Produktion direkt und indirekt angerichtet wird, sinnvoll bilanziert werden. Jetzt sind die entscheidenden Kriterien, die die Produktion steuern, der Tauschwert, der Profit und die Vermehrung des Kapitals, alles andere wird dem untergeordnet. Es wäre aber eine Illusi-

on eine Gebrauchswertorientierung für eine einfache Sache zu halten. Die Dimensionen der Aufgabe werden erst nach und nach bewusst. Das bedeutet weit mehr als die Berücksichtigung von Umweltschutz. Eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse (Sozialisierung) führt keineswegs automatisch zur Gebrauchswertorientierung, diese ist nur durch einen vermutlich langen Umstellungsprozess erreichbar.

Eine Einschätzung der politischen Bedeutung der Degrowth Szene kommt zu einem paradoxen Ergebnis. Einerseits hat sich die Postwachstumsbewegung ohne Zweifel zu einen größeren Teil der kritischen und im weiteren Sinne linken Bewegungen entwickelt. Sie stellt eine relevante Größe dar. Andererseits gelingt es nicht, ihren Einfluss in konkrete Forderungen und umsetzbare Konzepte umzumünzen. Keine der verschiedenen Degrowth Strömungen hat bisher eine Strategie und Praxis entwickelt, die bereits direkt politisch wirksam geworden wäre. Das liegt nicht nur an der letztlich ungebrochenen Dominanz der herrschenden Ideologien. Auch die Kluft zwischen Degrowth und anderen ökologischen und gesellschaftskritischen Bewegungen ist zum Teil groß. Das gilt insbesondere für die Parteien „Die Grünen“ und „Die Linke“. Beide wären ja in gewisser Weise als Ansprechpartner vorstellbar. Aber beide vertreten mehrheitlich keine Degrowth Positionen. Es sieht auch

Anzeige

August Thalheimer:

Einführung in den

dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

„simulierte Arbeit“ ist eine Spezialität von Niko Paech. „Simulierte Arbeit“ oder „Simulation eigener Leistungsfähigkeit“ ist demnach insbesondere alles, was mit Einsatz von Maschinen, Geräten, Computern etc. verbunden ist. Maschinen, groß oder klein, nennt er Energiesklaven. Er sieht bei Maschinen nur die Tatsache, dass bei ihrer Herstellung Rohstoffe und Energie verbraucht werden und und zu ihrem Betrieb weitere Energie notwendig ist. Dass sie auch geronnene Arbeitskraft und Wissen, z.B. in Form von eingeflossenen Ingenieurleistungen, sind, nimmt er nicht zur Kenntnis oder hält es für irrelevant. Gegen den Begriff Wissensgesellschaft polemisiert er so (S 54): „Bis heute existiert kein Auto oder Flug-

zeug, das sich mit flüssigen Wissen anstelle von Benzin bzw. Kerosin auftanken lässt.“ So ganz ohne Wissen, nur durch Abfackeln von Kerosin, funktioniert der Bau oder Betrieb eines Flugzeugs aber auch nicht. Es bringt nichts wenn man einen, sicher nicht unproblematischen, Begriff wie Wissensgesellschaft, durch eine noch viel problematischere, um nicht zu sagen hanebüchene, Argumentation ersetzen will. Paechs Ausführungen zur Arbeit und zu den Produktivkräften sind ziemlich wirr und tragen nicht dazu bei, den Zusammenhang von Ökonomie und Ökologie zu verstehen, sowohl was die Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse betrifft, als auch in Hinsicht auf zukünftige Veränderungen.

Nach der Lektüre fragt man sich, warum ausgerechnet dieses Buch ein Erfolg geworden ist. Paech argumentiert engagiert, aber unsystematisch. Zugespielt könnte man sagen: Alles was richtig dargestellt ist, findet man auch in anderen Büchern zum Thema. Dort wo das Buch originell ist, ist es auch besonders problematisch.



nicht danach aus, als könnte sich daran bald etwas ändern. Nur die (bayerische) Kleinpartei MUT vertritt in ihrer Programmatik solche Positionen, bisher allerdings mit praktisch keinen Erfolg bei Wahlen.

Es gibt auch eine Trennlinie zwischen Degrowth und anderen Teilen der Ökologiebewegung, wie den ökologischen Reformkräften. Diese konzentrieren sich meistens auf konkrete ökologischen Themen wie Energiegewinnung, Mobilität, Abfallvermeidung usw. und versuchen Fortschritte durchzusetzen. Während bei der konkreten Beurteilung von ökologischen Fragen oft eine große Überschneidung zwischen Degrowth und ökologischen Reformkräften festzustellen ist, geht es bei der grundsätzlichen Einordnung weit auseinander. Degrowth lehnt die Vorstellung eines „grünen“ Wachstum heftig ab, kritisiert, teilweise ziemlich wütend, die Hoffnungen durch bessere, „grüne“ Technik, die Umweltbeeinträchtigung und den Ressourcenverbrauch wesentlich reduzieren zu können. Gefordert wird der Bruch, nicht der Kompromiss mit dem Wachstumsparadigma.

Diese Forderung bewirkt gleichzeitig eine Kluft zu den Linken, Sozialisten, Kommunisten und auch zu allen anderen Kräften, die sich als Interessenvertretung der Lohnabhängigen sehen, wie Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Mit den Linken gäbe es zwar ein potentiell gemeinsames Ziel, die bestehenden Verhältnisse umzugestalten. Aber mit Ausnahme der antikapitalistischen Teile von Degrowth, wird eher das trennende betont. Die klassische Linke wäre im Produktionismus gefangen und würde die Fesseln des Industrialismus nicht erkennen.

Mit der Konzentration ihrer Kritik auf das „Wachstumsparadigma“ zielt die Bewegung auf einen zentralen Punkt der Gesellschaft. Jede kapitalistische Gesellschaft ist auf Wachstum gepolt. Wachstumsorientierung ist ohne Zweifel ein Teil der herrschenden Ideologie und wird als Zukunftsversprechen instrumentalisiert. Nach diesem Versprechen soll zukünftiges Wachstum die Lösung für alle möglichen Mängel und Probleme bringen. Auch wenn die Realität eher durch „Sparzwang“,

Sozialabbau, Verfall der Infrastruktur und Zunahme der Ungleichheit geprägt ist. Die Propagierung einer Postwachstumsgesellschaft stellt einen radikalen Angriff auf das kapitalistische Selbstverständnis dar. Eine Verwirklichung wäre eigentlich nur im Zusammenhang mit Postkapitalismus möglich. Degrowth steht sozusagen per se quer zum Kapitalismus, auch wenn sich manche Protagonisten dessen gar nicht bewusst sind und keine explizit kapitalismuskritische Programmatik vertreten. Das gilt z.B. für die Position von Niko Paech, der in keiner Weise antikapitalistisch argumentiert. Trotzdem ist es offensichtlich, seine Vorstellungen von Suffizienz und Subsistenz und gegen den Einsatz von Maschinen, Energiesklaven wie er sie nennt, würden, konsequent verwirklicht, jeden Kapitalismus sprengen. Allerdings ist diese Antihaltung zum Bestehenden nicht notwendigerweise mit realistischen Vorstellungen verknüpft wie das Ziel durchgesetzt werden könnte. Dass der Kapitalismus auch eine Machtstruktur ist und eine Herrschaftsform, die gebrochen werden müsste, wenn das Wachstumsparadigma beendet werden soll, ist offensichtlich nicht allen klar. Dafür keine Strategie zu haben ist für sie deswegen auch kein Problem.

Selbstverständlich ist es offen wie und wohin sich die Degrowth Bewegung weiter entwickeln wird. Mit ihrer heftigen Kritik gegen jedes Wirtschaftswachstum ist sie ein Stachel im Fleisch des Kapitalismus. Allerdings enthält sie auch etliche Elemente wie Betonung von Suffizienz und Subsistenz oder die Ablehnung der Produktivkraftentwicklung, die auch ein Abkippen ins Reaktionäre möglich erscheinen lassen.

Ein nicht unerheblicher Teil der Bewegung ist kapitalismuskritisch eingestellt. Allerdings Kritik am Kapitalismus ist ein weites Feld und manchmal vermischt mit Kritik am Industrialismus. Trotzdem gibt es hier eine Basis für einen konstruktiven Dialog mit anderen Linken und Marxisten.

Denn eines gilt es festzuhalten. Eine Postwachstumsgesellschaft müsste zwingend eine postkapitalistische sein. Umkehren lässt sich

diese Aussage freilich nicht. Eine postkapitalistische Gesellschaft muss nicht zwingend eine Postwachstumsgesellschaft sein. Aber nur wenn der Zwang zur Kapitalakkumulation gebrochen wird, werden auch Fragen wie Wachstum ja oder nein, Wachstum wofür, und die Frage nach den Gebrauchswerten wirklich für eine gesellschaftliche und demokratische Entscheidung zugänglich. Solange das nicht erreicht ist, und die Gesetzmäßigkeiten des Kapitals Produktion und Konsumption bestimmen, sind dem enge Grenzen gesetzt. Zwar sind auch im Kapitalismus ökologisch motivierte Maßnahmen möglich, aber gewissermaßen nur von Außen als Schadensbegrenzung. Der Kern der Wirtschaft funktioniert und steuert sich nach anderen Gesetzmäßigkeiten, eben den kapitalistischen, und reproduziert damit ständig die ihnen eigenen Widersprüche, die ökologischen ebenso wie die sozialen.

Literatur:

AK Postwachstum (Hg), *Wachstum – Krise und Kritik: Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise*, Frankfurt 2016

Ulrich Brand/Markus Wissen, *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*, München 2017

Stephan Lessenich, *Nebens uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, München 2016

Niko Paech, *Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, München 2012

Matthias Schmelzer/Andrea Vetter, *Degrowth/Postwachstum: zur Einführung*, Hamburg 2019

Irmi Seidl/Angelika Zahrnt (Hg.), *Postwachstumsgesellschaft: Neue Konzepte für die Zukunft*, Marburg 2010

Ein Volk im Hausarrest

Krisenbewältigung als Gefahr für die Demokratie

Nachdruck aus der Rote Hilfe Zeitung,
2.2020



Da hat man jahrzehntelang vor den Notstandsgesetzen als großer Gefahr für die Demokratie gewarnt, und reibt sich jetzt verwundert die Augen, welcher Demokratieabbau mit dem Infektionsschutzgesetz möglich ist. Während die Ausrufung des „Verteidigungsfalls“, immerhin, noch eine Zweidrittelmehrheit des Parlamentes erfordert, reicht beim Infektionsschutzgesetz eine schlichte Rechtsverordnung – und aus ist es mit der Versammlungsfreiheit, der Freizügigkeit und weiteren Grund- und Bürgerrechten.

Die Maßnahmen, denen die Gesellschaft seit Wochen unterworfen wird, mögen zur Vermeidung eines Massensterbens angemessen sein – die politische Begleitmusik ist es nicht. Denn diese degradiert die Bevölkerung vom Souverän zum bloßen Objekt der Politik und behandelt sie wie ein störrisches Kind. Das Bundeskanzleramt sprach an einem März-Wochenende tatsächlich davon, die Bevölkerung werde einer „Reifepfung“ unterzogen, ob sie sich des Ernstes der Lage bewusst sei. Üblich, oder sagen wir: in der Demokratietheorie, ist es so, dass das Volk die Regierungen auf deren Reife bzw. Tauglichkeit prüft, und nicht umgekehrt. Aber jetzt heißt es nur von oben: Geht Euch die Hände waschen und dann ab ins Bett!

Während ansonsten jedes neue Antiterror-, sprich Überwachungsgesetz den Protest zumindest von Teilen der Gesellschaft hervorruft, im Parlament beraten, einer Expertenanhörung unterzogen, von wenigstens formalen Abwägungen zwischen Sicherheitserfordernissen und Freiheitseinschränkungen begleitet, kurz: diskutiert wird – fehlt das alles jetzt. Nachmittags beraten Bund und Länder, und abends ist schon die Rechtsverordnung in Kraft.

Die verkündeten Bürgerrechtseinschränkungen werden nicht wirklich der in einer Demokratie unverzichtbaren Verhältnismäßigkeitsprüfung unterzogen. Gibt es wirklich weniger Tote, wenn man Cafés schließt, als wenn man die Leute dort im Zweimeter-Abstand sitzen lässt? Haben die Regierungen jeweils gründliche Abwägungen vorgenommen, als sie Versammlungen erst über 1000, dann über 500, über 100, über 50, schließlich über zwei Personen verboten haben? Hat man ermittelt, ob das Infektionsrisiko in der Schweiz größer ist als in den grenznahen deutschen Regionen, bevor man der dortigen Bevölkerung die Ausreise verboten hat?

Das sind rhetorische Fragen. Wir erleben derzeit ein Experiment, über dessen Design nur wenige entscheiden.

Hier funktioniert, was bei Bedrohungsszenarien à la Islamismus, „Linksextremismus“, Neonazis oder auch „der Russe kommt“ allenfalls partiell klappte: Das Schaffen eines (Beinahe-)Konsenses in der Bevölkerung, es sei jetzt einfach „alternativlos“, Freiheitsrechte einzuschränken, um eine drohende Gefahr abzuwenden. Auch von den Oppositionsparteien kommt, wenn überhaupt, nur sehr zurückhaltende Kritik, die sich dann meist nicht dem großen Ganzen widmet, sondern den Details der Krisenabfederung. Man lässt eben in der Stunde der Gefahr die eigene Bevölkerung nicht im Stich, und außerdem gibt es keine Parteien mehr, sondern nur noch zu schützende Risikogruppen.

Aber das stimmt natürlich nicht: Auch in der Krisenbewältigung zeigt sich Klassenpolitik. Die Kassiererin, die nach einem neunstündigen Arbeitstag nicht mit Partner und verstörtem Kind in der Zweizimmerwohnung hockt, sondern auf den Spielplatz geht, muss jetzt mit einer Geldstrafe rechnen; sich bei einem Kaffee mit KollegInnen über die Arbeitsbedingungen auszutauschen, geht nicht mehr. Das sind Sorgen, die sich Grundstücksbesitzer am Wannensee nicht machen müssen.

Und während das Spazieren zu dritt verboten wird, ist das Arbeiten zu Dutzenden immer noch vorgeschrieben. Fabriken sind offen, Callcenter auch, und zwar nicht nur diejenigen, die zum kurzfristigen Überleben notwendig sind. Um dorthin zu kommen, soll man den öffentlichen Nahverkehr meiden – eine Empfehlung, die nur von Leuten kommen kann, die sowieso mit Taxi oder privatem Fahrdienst unterwegs sind.

Streng abgewogen wird auch zwischen dem Schutz der eigenen Bevölkerung und schutzsuchenden Ausländern: Während die Bundesregierung von überall her versprengte deutsche Urlauber zurückholt – Risikogebiet hin oder her – darben auf griechischen Inseln Zehntausende Flüchtlinge. Dabei wissen alle, welche Katastrophe ein Ausbruch des Virus dort verursachen würde.

Der Modus der Krisenbewältigung droht langfristige Folgen zu haben, auch wenn sie nicht intendiert sind. Nicht nur, was die häusliche Gewalt bei zwangsbeurlaubten Familien angeht, oder die Suizidrate bei psychisch Labilen, denen die sozialen Kontakte wegbrechen, oder den Millionen, die jetzt ihre wirtschaftliche Existenz verlieren.

Sondern auch in der politischen Machtbalance. Sonntags- und Mehrarbeit sind jetzt gesetzlich erlaubt, ja sogar gesellschaftlich erwünscht. Seit Wochen, und vermutlich noch einige Monate lang, geriert sich die Exekuti-

Fortsetzung auf Seite 16 unten

Gedanken eines alten Genossen während der Pandemie

Es ist Anfang Juni und endlich gibt die bayerische Landesregierung Erleichterungen in unserem Corona-Isolations-Dasein bekannt. Bisher hieß es: keine Besuche, kein Treffen und immer zu Menschen Abstand halten. Die März-Hefte der Arbeiterstimme habe ich immer noch nicht austragen können und es wird Zeit, dass politische Diskussionen wieder möglich werden. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten konnte ich an der 1. Mai-Demonstration nicht teilnehmen, der DGB hatte sie bundesweit abgesagt. Dass sich selbständig unter den Kolleginnen und Kollegen nicht mehr getan hat, ist ein schlechtes Zeichen. Wo bleibt die Bewegung, der Sport, vom Arzt empfohlen? Im Alter blieb mir bisher nur das Hallenbad, wo ich mühsam noch 20 Bahnen schaffte. Doch der „Weisheit“ Söders nach dürfen nun zwar die Freibäder wieder öffnen, aber die Hallenbäder nicht. Schade! Auch wenn die Tochter im Haushalt hilft, da ihre auswärtigen Aufträge weggebrochen sind, muss ich manchmal zum Einkaufen fah-



ren, mit Mundschutz natürlich. Was müssen wohl andere alte Leute unter dem Zepter des Corona-Alarms alles mitmachen? Ich musste im Mai auf dem Weg zu einer Behandlung an einem Altersheim vorbei, da saß eine Frau auf einem Stuhl vor einem geschlossenen Fenster. Hinter dem Fenster kauerte eine alte Frau, um mit ihrer Tochter zu reden, „zusammen“ zu sein. Das ging mir durch Mark und Bein, nachdem ich auch noch hörte, dass dies den Vorordnungen nach nur einmal in der Woche gestattet war. Was muss ähnliches wohl für die 600.000 dementen Menschen in Deutschland bedeutet haben!

Da meine Frau krank ist und ich schon über 90 und vorgeschädigt bin, gehören wir bei den Corona-Bedrohten zu den lebensbedrohlich Gefährdeten. Wir selbst sehen das

ein und verhalten uns entsprechend dem Abstandsgebot und tragen außer Haus, beim Friseur und in den Läden unsere Gesichtsmasken. Mögen auch manche Anordnungen der Regierungen überzogen erscheinen, so muss ich doch immer bedenken, dass man bei zwei Herzinfarkten kein Risiko eingehen darf. Die älteren Leute, die ringsum wohnen und noch etwas jünger wie wir sind, verhalten sich diesbezüglich noch penibler. Die psychische Belastung durch die Isolation ist bei mir nicht so stark wie bei den Jüngeren, was mehrere Gründe hat. Zum einen bin ich zu beschäftigt. Ich muss unseren Alltag bewältigen und jeden zweiten Tag ca. zwei Stunden den Garten gießen und auch darin arbeiten. Mehrere Stunden brauche ich schon zum Lesen der Tageszeitung, für andere politische Zeitschriften

Fortsetzung von Seite 6

Ein Volk im Hausarrest Krisenbewältigung als Gefahr für die Demokratie

ve als Hoffnungsanker der Bevölkerung, während die Parlamente kaum eine Rolle spielen bzw. sich selbst aus dem Spiel nehmen, weil Fraktions- und Parlamentssitzungen wegen Corona ausfallen oder derart verkürzt werden, dass sie nur noch das Abnicken von Regierungsmaßnahmen ermöglichen. Die Öffentlichkeit ist eh im Hausarrest, die Regierung meint es ja nur gut mit uns. Grenzen schließen mitten in Europa – auf einmal kein Problem. Die CDU bekommt schon wieder feuchte Träume vom Bundeswehreininsatz im Inland, z. B. um Ausgangssperren zu überwachen oder Flüchtlinge im (Quarantäne-) Lager zu halten.

Klar, alles nur vorübergehend – aber in dieser Zeit wird nicht nur dis-

kursiv etwas bewirkt, sondern auch materiell. Ein Jahr ohne Streikrecht, ohne Versammlungsfreiheit – das geht nicht spurlos an der Gesellschaft vorbei. Der DGB berichtet bereits über Versuche von Unternehmern, ArbeiterInnen und Angestellte zur Unterschrift unter verschlechterte Arbeitsverträge zu zwingen.

Dabei gäbe es durchaus auch positive Anknüpfungspunkte: Es ist im Moment praktisch Konsens, dass der Neoliberalismus doch nicht das Glück der Menschheit darstellt. Die Mehrheit der Weltbevölkerung weiß das schon längst, aber jetzt spricht es sich auch in den Industriestaaten verstärkt herum. Verstaatlichungen sind wieder denkbar, die „schwarze Null“ wurde praktisch über Nacht obsolet.

Für all dies ließen sich linke Kämpfe ausfechten, wäre es höchste Zeit, sich in die Debatte einzuschalten und auch bzw. gerade in Krisenzeiten auf Mitsprache zu pochen. Wenn man denn demonstrieren, streiken, sich versammeln dürfte. Von daher ist nicht nur wichtig, sich für den Tag X, an dem man wieder hinausgehen darf, vorzubereiten, sondern auch, neue Formen von Protestmöglichkeiten weiterzuentwickeln – und vor allem, bis dahin nicht die Hände in den Schoß zu legen, sondern sich mit GenossInnen und KollegInnen auszutauschen, die politische Arbeit weiterzuführen, wo und wie immer es möglich ist. Die Herrschenden machen ja auch keine Pause.

Ulla Jelpke, MdB

Wir bedanken uns für die Nachdruckerlaubnis bei der Redaktion der Roten Hilfe Zeitung und der Autorin.

und Papiere, für schriftliche Arbeiten. So reicht die Zeit eigentlich nie, ob mit oder ohne Virusalarm.

Gut, dass unser Haus nahe am Walde steht, denn weit kann ich nicht mehr laufen, weil sonst der Rücken und die Beine schmerzen. Das schlecht Hören und das nachlassende Gedächtnis machen mir sowieso zu schaffen.

Ich habe in unserem ruhigem Viertel den Vorteil, in der Natur sein zu können. Ich habe aus meinem Garten mit etwa 50 alten Bäumen einen kleinen Park gemacht. Da kann die Lektüre dann auch auf der Terrasse stattfinden. Es ist in einer solchen Pandemie-Situation auch wichtig,

dass man Freunde an der Seite hat, auch um Besprechungen und Diskussionen fortführen zu können. Das ist ja in diesen Umbruchzeiten wichtig geworden, wo Teile der Grundrechte außer Kraft gesetzt worden sind, ohne es vorher im Parlament abzuklären. Natürlich belastet einen die einsetzende Wirtschafts-, Sozial- und Finanzkrise, die durch die

Pandemie noch verstärkt wird und die heute schon Millionen ihrer sozialen Existenz beraubt hat. Die Ungewissheit überlagert alles. Niemand weiß genau, wie der weitere Verlauf der Seuche sein wird, wie stark die Einschränkungen uns noch belasten werden, wie schlimm die Armut sich ausbreiten wird, wie viele Firmen in den Bankrott gehen. Im April noch haben die Söder und Merkel die Unterstützungsgelder wie Eurogötter angepriesen, doch jetzt geht der Streit erst richtig los, wer die Rechnung bezahlen soll. Persönlich brauche ich wohl außer Verteuerungen sozial nichts befürchten. An Bestandsrenten werden sie sich vorerst nicht rantrauen. Es ist bereits abzusehen, wie die Belange der Ökologie in den Hintergrund treten.

Heute kommt die Schreckensmeldung aus den USA: eine Million Virusranke, 100.000 Tote und 40 Millionen Arbeitslose. Und erst in Brasilien!

Die Hauptfrage ist ja für uns, wie werden die Herrschenden den doppelten Dammbuch ausnutzen: Krankheitslawine, wirtschaftlicher Niedergang mit Schuldenpolitik auf der einen Seite, soziale Deklassierung, Verelendung, politische „Notstandsregime“ und Machtzuwachs der Exekutive auf der anderen Seite.

Wird der Widerstand in der Gesellschaft groß genug sein, diese Veränderung der Kräfteverhältnisse aufzuhalten?

Viele Menschen in Deutschland erleben die verordneten Einschränkungen zum ersten Mal in ihrem Leben mit einer von oben kommenden Fremdbestimmung und sind trotz



grundsätzlicher Übereinstimmung verunsichert. Für den älteren Teil der Bevölkerung, der wie ich mit 91 schon mehrere zivilisatorische und kulturelle „Welten“ erlebt hat und überleben musste, ist die Situation nicht mehr ganz so neu und erdrückend wie für die nachkommenden Generationen; auch wohl, weil die zeitliche Begrenzung der Belastung diesmal absehbar sein könnte.

Für die meisten ist die Lage trotzdem weniger brisant als bei Katastrophen in früheren noch ärmlicheren Zeiten.

Ich wurde 1929, zehn Jahre nach dem Sturz der Monarchie, in einem eisigen Frühjahr in Nürnberg geboren und bin in einfachen Verhältnissen aufgewachsen. Als Kleinkind konnte ich natürlich nichts mitbekommen von der Bedeutung der fünf Monate später einsetzenden kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, einer der wesentlichen Ursachen für die

Machtübertragung an den Faschismus und dem von ihm angezettelten II. Weltkrieg. Es war im Leben der geschichtliche Verlauf, der mich in etwa vier Phasen jeweils zwang, damit fertig zu werden, obwohl die Familie zeitweise auseinandergerissen war. Da waren Schicksalsschläge, die manchmal schlimmer waren als die gegenwärtige Pandemie-Gefährdung und die Quarantäne-Vorschriften im Jahr 2020.

Da musste z.B. die Familie in der angeschlagenen Weimarer Republik mit der Massenarbeitslosigkeit und der sozialen Verarmung zurechtkommen. 1933 folgten zwölf Jahre Nazi-Herrschaft mit Diktatur und

sechs Jahre Krieg und Zerstörung. Auf die Niederlage des „Tausendjährigen Reiches“ folgte die Militärdiktatur der USA-Besatzungsarmee mit schweren Not- und Hungerjahren, bis 1949 die D-Mark kam und die BRD gegründet werden konnte.

Es kann sein, dass in der Geschichte Deutschlands keine Generation solche gewaltigen und raschen

Umbrüche erlebt hat wie die meine. Die Veränderungen waren umfassend in Zivilisation, Kultur, Technik und Politik. Darunter habe ich auch sprunghafte Fortentwicklungen erlebt: von der Petroleumlampe zum elektrischen Licht, von der Pferdekutsche zum Auto, von der preußischen Marschmusik zum Jazz, vom massenhaften Tuberkulose-Tod – meine halbe Verwandtschaft starb daran – zur Herzoperation, vom unumschränkten Patriarchat zu den heutigen Kinder- und Frauenrechten, von der Handarbeit zur Industrie-Automatisierung.

So waren meine Lebensabschnitte unterschiedlich gefährlich zu bewältigen: in der Kindheit mit vielen Krankheiten, in der Jugend war ich in Gefahr, an Gelbsucht zu sterben, im Krieg kamen die Bombenangriffe bis in die nächste Nachbarschaft und

Fortsetzung auf Seite 18 oben

Fortsetzung von Seite 6

Gedanken eines alten Genossen während der Pandemie

der Luftschuttkeller bebte; mit 14 zum „Schnellkommando“ einberufen, Schläuche legen vor brennenden Häusern und andere Einsätze. Die Schulergebnisse sahen entsprechend aus. Der Vater und der vier Jahre ältere Bruder waren im Krieg, da war ich mit meiner mich sehr umsorgenden Mutter allein. Das hieß auch bis Ende 1948 mit dem Alltag fertig zu werden: das hieß Organisieren, Tauschen, Hamstern, eine Kaninchenzucht aufziehen, mitten in der Trümmerstadt. Das nahm die ganze Kraft in Anspruch.

Es gab auch riskante Situationen, die lebensgefährlich hätten werden können: Stabbrandbomben durchschlugen das Dach, die Blindgänger warf ich auf den Hof. Neben unserem Haus ging eine Bombe auf eine Bäckerei nieder und zerstörte das Nachbarhaus. 30 Meter weiter riss eine Granate das Hauseck weg. Kurz vor der Einnahme Nürnbergs erhielt ich den Gestellungsbefehl zum Volkssturm, das war drei Wochen, bevor ich sechzehn wurde. Nach der Vereidigung in Rummelsberg desertierte ich mit einem Schulkameraden über die Bahngleise nach Nürnberg. Wir wollten uns nicht mehr verheizen lassen. Hätte die SS uns erwischt, wären wir aufgeknüpft worden.

In den Nachkriegsjahren wäre dann fast die ganze Familie verhungert, da wir, wie etwa die Hälfte der Bevölkerung, keine Beziehungen zu Bauern und Produzenten hatten.

Politisch bin ich erst in den letzten Kriegsjahren „aufgewacht“, als die Kriegereignisse das Misstrauen verstärkten und das Abhören der „Feindsender“ (Radio Beromünster, Soldatensender Kiew) Lügen der Nazipropaganda entlarvten. Die erste Phase der Besatzung durch die GIs war auch brisant, sie nahmen unsere Wohnung als Stützpunkt. Wir hausten dann im Keller, mitsamt den Großeltern, die im Januar ausgebombt worden waren.

Das Wichtigste für uns war, dass im Krieg niemand aus der Familie umgekommen war. Alles andere an Schrecken, Verlusten und Entbehrungen hatten wir, auch mit viel Glück, überstanden.

Aus den Erfahrungen dieser 19 Jahre entstand langsam die Erkenntnis der Wichtigkeit von Politik; aber ohne dass es zur Begegnung mit Menschen gekommen wäre, die sich für Humanismus und Sozialismus einsetzten, hätte ich mich wohl kaum nach links engagiert. Es war ein zäher Prozess, bis ich zum Marxismus fand, verbunden mit einem langen Selbst-

studium. Angefangen hatte es nach dem Krieg mit der „Ohne mich-Bewegung“ der Organisierung 1951 bei den Kriegsdienstverweigerern, der Teilnahme an der Antiremilitarisierungsbewegung und der Mitwirkung bei Gustav Heinemanns GVP. Nach deren Scheitern fand ich schließlich zur Arbeiterbewegung und damit 1956 zur Annäherung an die „Gruppe Arbeiterpolitik“.

Nun im Alter spüre ich die Notwendigkeit, soweit die Kräfte reichen, weiter an den sozialistischen Zielen mitzuarbeiten und meine politischen Erkenntnisse weiterzugeben.

H.S

Anzeige

August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, 1,50 €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeigen

ROTE HILFE e.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!
info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Partezugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

Schwerpunkt 2/2020: Klimakämpfe – Repression und Gegenwehr

DIE ROTE HILFE
erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Erhältlich auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen

Zeitung gegen Repression

Solidarität organisieren Mitglied werden!

Gesundheit ist keine Ware

Nachdruck aus der Soz Nr. 03/2020

Jetzt ist die Zeit, das Gesundheitssystem aus dem Markt zu nehmen



Die Bundestagsdrucksache 17/12051* vom 3.1.2013 enthält zwei Risikoanalysen: eine zu Hochwasser und eine zu Seuchen. Sie wurden in Auftrag gegeben unter dem Eindruck der Zunahme der Epidemien und der Hochwasser in den 2000er Jahren. Die Risikoanalyse „Pandemie durch Virus Modi-SARS“ wurde unter fachlicher Federführung des Robert-Koch-Instituts und Mitwirkung weiterer Bundesbehörden durchgeführt.

Die Analyse beschreibt ein „außergewöhnliches Seuchengeschehen“, verursacht durch einen „neuartigen Erreger“ des Typs SARS. Er kommt aus Asien und wird von Reisenden nach Deutschland eingeschleppt.

„Obwohl die laut Infektionsschutzgesetz und Pandemieplänen vorgesehenen Maßnahmen durch die Behörden und das Gesundheitssystem schnell und effektiv umgesetzt werden, kann die rasche Verbreitung des Virus aufgrund des kurzen Intervalls zwischen zwei Infektionen nicht effektiv aufgehalten werden. Zum Höhepunkt der ersten Erkrankungswelle

nach ca. 300 Tagen sind ca. 6 Millionen Menschen in Deutschland an Modi-SARS erkrankt ... Nachdem die erste Welle abklingt, folgen zwei weitere, schwächere Wellen, bis drei Jahre nach dem Auftreten der ersten Erkrankungen ein Impfstoff verfügbar ist.

Das Besondere an diesem Ereignis ist, dass es erstens die gesamte Fläche Deutschlands und alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Ausmaß betrifft, und zweitens über einen sehr langen Zeitraum auftritt. Bei einem Auftreten einer derartigen Pandemie wäre über einen Zeitraum von drei Jahren mit drei voneinander getrennten Wellen mit immens hohen Opferzahlen und gravierenden Auswirkungen auf unterschiedliche Schutzgutbereiche zu rechnen.“ Am Ende gibt es 7,5 Millionen Tote. „Das Gesundheitssystem wird vor immense Herausforderungen gestellt, die nicht bewältigt werden können.“

Abgesehen vom Dreijahreszeitraum – derzeit geht man davon aus, dass ein Impfstoff Anfang bis Mitte 2021 zur Verfügung steht – und der beim gegenwärtigen Kenntnisstand weitaus geringeren Sterblichkeitsrate

beschreibt die Projektion das Seuchengeschehen sehr realitätsnah.

Die Verantwortung der Regierenden

Es soll hier nicht behauptet werden, die politisch Verantwortlichen hätten das jetzige Auftreten der Covid-19-Epidemie voraussehen müssen. Seuchen treten ebenso unberechenbar auf wie Hochwasser. Sie haben zwar beide ihre Ursache auch in der Art und Weise, wie der Mensch die Erde bewohnt und bewirtschaftet – und daran können wir in der Tat eine Menge ändern, aber das ist eine langfristige Aufgabe. Doch was eine Seuche auslöst, das ist unvorhersehbar. Das einzige, was politisch Verantwortliche bei dieser Sachlage tun können, ist, alle Vorkehrungen zu treffen, damit sie sich möglichst wenig ausbreitet und den Betroffenen möglichst wirksam geholfen wird. Anders gesagt: Das Gesundheitssystem muss maximal darauf vorbereitet sein, die Ansteckungsgefahr zu reduzieren (etwa durch flächendeckende Tests)

und die Erkrankten schnell und gut zu behandeln. An dieser Aufgabe sind die Regierungen Merkel jedoch grandios und in verantwortungsloser Weise gescheitert.

Am Ende der 2000er Jahre war klar, dass wir wieder vermehrt mit Pandemien rechnen müssen. Im ersten Jahrzehnt des Jahres 2000 gab es gleich vier davon: SARS-CoV2002/2003; eine Virusgrippe 2004/2005; die Vogelgrippe 2004–2016; die Schweinegrippe 2009/2010. Eine solche Ballung in einem Jahrzehnt hatte es nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben. Grund genug also für einen Gesundheitsminister, alarmiert zu sein. Eine erste Maßnahme wurde mit der in Auftrag gegebenen Analyse auch ergriffen, danach aber verlief die Sache im Sande. Warum? Die unmittelbaren Gründe dafür können wir nicht aufdecken, wir wissen nicht, in welchen Schubladen was warum verschwunden ist. Vielleicht wurden auch Notfallpläne an die Kommunen weitergereicht, eine ausreichende Vorbereitung ist das noch nicht. Es gibt allerdings einen strukturellen Grund, der den Mangel an Vorbereitung erklären kann: Ein vorausschauendes Gesundheitssystem muss für solche Fälle größere Kapazitäten – vor allem eine schnell mobilisierbare Reserve – bereit halten, als im Regelfall notwendig ist. Das aber widerspricht dem neoliberalen Diktat der „betriebswirtschaftlichen Effizienz“ – auf deutsch: Es rechnet sich nicht, es kostet nur.

In den 90er Jahren aber wurde unser Gesundheitssystem einer Rosskur unterworfen: Im Zeitraum von 1991 bis 2017 hat sich die Zahl der Krankenhäuser um 19,45 Prozent verringert – fast ein Fünftel. Gerade öffentliche Krankenhäuser wurden zugemacht, wurden aus der Fläche herausgenommen und mit dem Argument der größeren Effizienz in großen Gesundheitsfabriken konzentriert. Um Platz für privat betriebene Krankenhäuser zu machen – die privaten Träger konnten ihren Anteil auf heute rund 37 Prozent ausbauen! –, wurde den öffentlichen Krankenhäusern verordnet, nach Kriterien der betriebswirtschaftlichen Effizienz zu wirtschaften: 2004 wurde das System der Fallpauschalen eingeführt. Dieses Abrechnungssystem erlaubt überhaupt keine Vorsorge mehr, weil es die Krankenhäuser zu

maximalen Behandlungszahlen bei einem möglichst hohen Umschlag von Patienten zwingt (auch das verdanken wir Rot-Grün, nebst Hartz IV).

Die Zahl der Krankenhausbetten sind von 1991 bis 2008 um 168000, sprich: um ein Viertel zurückgegangen (von 675000 auf 500000, bei gleichzeitig steigenden Patientenzahlen): 1991 zählten die Krankenhäuser 14,5 Millionen Patienten, im Jahr 2019 über 19 Millionen. Trotz dieses steilen Anstiegs ist die Zahl der im Krankenhaus Beschäftigten seit 1991 im wesentlichen gleichgeblieben – was bedeutet, dass ihre Arbeitsbelastung massiv zugenommen hat. 2012 war also bereits klar, dass das so heruntergefahrte Gesundheitssystem einem Seuchengeschehen wie von der Risikoanalyse skizziert nicht standhalten können würde. Spätestens jetzt hätte man umsteuern müssen, um „Schaden vom Volk abzuwenden“, wie es im Amtseid heißt. Das ist nicht erfolgt, der Amtseid wurde gebrochen.

Nicht möglich?

Nun wird behauptet, ein Gesundheitssystem könne eine solche Pandemie gar nicht auffangen, ein Gesundheitssystem könne nicht permanent im Seuchenmodus arbeiten. Machen wir dazu eine Gegenrechnung auf:

Eine Regierung, die im Jahr 2012 erfährt, dass jederzeit eine gefährliche Pandemie das Land treffen kann, würde als erstes den Irrweg der Fallpauschalen stoppen und die Kapazitäten wieder aufbauen, die in den 90er Jahren verloren gegangen sind – also 168000 Betten. Sie würde des weiteren in Rechnung stellen, dass die Zahl der Patienten stark gestiegen und also die Bettenzahl dementsprechend anzupassen ist – macht bei gleichbleibendem Verhältnis Patient/Bettenzahl ein zusätzliches Plus von knapp 240000 Betten.

Wir hätten heute also über 400000 Betten mehr (vier Fünftel der derzeitigen Kapazitäten) – und hätten dabei nur den Status quo wiederhergestellt bzw. an die gestiegene Zahl von Patienten angepasst. Wir hätten noch gar keine Sondervorkerungen für die Pandemie getroffen. Und wir hätten acht Jahre Zeit gehabt, diese Kapazität aufzubauen.

Eine verantwortliche Regierung würde dafür sorgen, dass mehr me-

dizinisches Personal ausgebildet wird, damit die zunehmende Zahl an Patienten auch behandelt werden kann. Sie würde ein System der flächendeckenden Versorgung aufbauen: allgemeinmedizinische Zentren, Ärztehäuser und ähnliches, die für Notfälle auch eine gewisse Anzahl Betten bereithalten. Und das eben nicht nur in der Kreisstadt Heinsberg, sondern auch im Städtchen Gangelt, das immerhin 12000 Einwohner zählt.

Sie könnte dann im Notfall deutlich flexibler auf den Ansturm von Erkrankten reagieren, weil dieser Ansturm nicht so geballt auf die einzelnen Krankenhäuser zukäme.

Ein Leben jenseits des Marktes

Für ein solches System braucht man nicht einmal Sozialismus. Es wäre auch im Kapitalismus möglich, setzt aber voraus, dass das Gesundheitssystem ganz aus dem Marktgeschehen herausgenommen wird. Darum geht es jetzt, das ist die erste und dringendste Lehre aus Corona: *Im Gesundheitssystem ist ein Systemwandel erforderlich.*

Bei den politisch Verantwortlichen ist das nicht angekommen. Sie betreiben Flickschusterei, mobilisieren punktuell riesige Mittel, um den Teufel in der Flasche zu halten, machen aber keine Anstalten, das Grundübel zu beseitigen. Den Preis dafür zahlen die Beschäftigten, vor allem in den Krankenhäusern, die die Defizite jetzt auszubügeln haben. Die Regierenden aber stehen eher auf der Seite der Gesundheits- und Pharmaindustrie. Daniel Bahr, Gesundheitsminister im Jahr 2012, ist heute Manager bei der Allianz Private Krankenversicherung.

Corona verändert derzeit in dramatischer Weise unser aller Leben und das Funktionieren der Gesellschaft. Die Beherrschung der Seuche erzwingt, dass die Marktgesetze teilweise außer Kraft gesetzt werden. Auf einmal sind Dinge möglich, die zuvor als undenkbar galten. Das macht den Raum auf, Systemalternativen zu denken. Diese Gelegenheit müssen wir nutzen – jetzt!

Angela Klein

**<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/120/1712051.pdf>*

Wir bedanken uns für die Nachdruck-erlaubnis bei der Redaktion der Sozialistischen Zeitung und der Autorin.

Homeoffice, ein Zaubermittel?



Spätestens seit der „Corona-Krise“ ist auch hierzulande ein Begriff in aller Munde: Homeoffice: Arbeiten von zuhause aus.

Das nicht alle von zuhause aus arbeiten können ist evident: die (auch physikalisch notwendige) technische und organisatorische Gestaltung des Arbeitsplatzes ermöglicht das nicht. Gedacht sei z.B. an Arbeitsplätze in Pflegeheimen und Krankenhäusern, oder an die, die Handys bauen. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten muss immer noch direkt am Ort der Produktion anwesend sein, um Mehrwert zu erwirtschaften, auch in Zeiten eines tödlichen Virus (sie sind „systemrelevant“, einige werden gar beklatscht). Natürlich gibt es Abstandsregelungen und die Anforderung die Hygieneregeln einzuhalten, aber geht das auch, wird das ermöglicht? Es gibt einen weiteren Grund, warum Homeoffice für viele nicht geht: Sie haben in ihrer Wohnung weder den geforderten Platz, noch die erforderliche Ausstattung; von einer (wenigsten zeitweisen) „Ungestörtheit“ zu schweigen. Und ein weiterer Grund spricht gegen eine massenhafte Verbreitung, der gerade auch von zahlreichen Beschäftigten gewünscht, und vom DGB als gesetzlichen Anspruch ge-

forderte Arbeit im Homeoffice: Mit ihm soll augenscheinlich auch ein gesellschaftlicher Missstand individuell ausgeglichen werden, z.B. fehlende Kitaplätze (trotz rechtllichem Anspruch). Sie könnten ja durch die Betreuung der Kleinen zuhause (durch v.a. Frauen - sic!) bei gleichzeitiger Erbringung der Arbeitsleistung kompensiert werden. Das Kitas keine Verwahranstalten für ganz junge Menschen sind, um den Eltern Berufstätigkeit zu ermöglichen, das wird gerne übersehen. Aber nicht nur das: Wer definiert die (geforderte und erbrachte) Arbeitsleistung? Ein Gesetz gibt es dazu nicht (und auch keine allgemein verbindliche Regelung, was Arbeitsleistung eigentlich ist), auch keinen schlüssigen Tarifvertrag und schon gar keine ausreichenden Formulierungen in den ohnehin nicht rechtsfähigen, aber zunehmenden Betriebsvereinbarungen. Mögliche Kostensenkungen durch weniger Arbeitsplätze im Betrieb seien nur am Rande erwähnt.

Kleine Menschen brauchen u.a. andere kleine Menschen, um zu wachsen, und Arbeit ist eine gemeinschaftliche Angelegenheit, nicht nur abstrakt, sondern zu meist ganz konkret. In der Arbeit von zuhause aus lauert also auch die Gefahr der Isolierung, die Ge-

fahr der Auflösung gesellschaftlicher Bezüge von Arbeit. Das wirkt sich schon jetzt auch negativ auf die „Arbeitsleistung“ aus, wie Zeitungen und Arbeitgeber (bedauernd) berichten. Vielleicht kommt uns das in der Diskussion und die Auseinandersetzung um Homeoffice entgegen. Aber mit Zustimmung zu dieser Argumentation würden wir die Hegemonie des Kapitals über die Definition und Festlegung einer „Arbeitsleistung“ indirekt akzeptieren. Dialektik lauert eben überall!

Sie lebt auch in der Forderung und Akzeptanz der Arbeit von zuhause durch viele Beschäftigte und der Arbeitgeber. Letztere sehen darin und in der „Corona-Krise“ die Chancen, Arbeitszeitregelungen und Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetz, des Arbeitsschutzgesetz und der Arbeitsstättenverordnung zu ihren Gunsten zu verändern. „Klatschen statt Tarifverträge!“ Erstere glauben mit Homeoffice dem zunehmenden Leistungsdruck zu entkommen, und hoffen die oft beschworene „work-life-balance“ zu erreichen (wodurch ist sie denn aus dem Gleichgewicht gekommen?), gesellschaftliche Probleme ohne Konflikt zu lösen, ohne das System nicht grundsätzlich und nachhaltig ändern zu müssen.

Die Diskussion und Auseinandersetzung um Homeoffice ist eröffnet, nicht erst jetzt!

Zum Weiterlesen:
Schwarzbach, Marcus (2020):
Homeoffice: Vom Traum zum
Alptraum?, *isw-wirtschaftsinfo* 56,
München, Februar 2020,
Schutzgebühr 2,50 €



Gewerkschaften – wie weiter in Zeiten von Corona?



Ein Virus geht um die Welt und verursacht neben gesundheitlichen Konsequenzen wirtschaftliche und soziale Probleme, die von den Regierungen der konkurrierenden Nationen – und das sind auch die EU-Staaten – bearbeitet werden. Die Staaten agieren in dieser Krise als „ideelle Gesamtkapitalisten“ (Engels), was im Kern bedeutet, die grundlegenden Voraussetzungen einer möglichst reibungslosen Kapitalakkumulation herzustellen.

Derzeit heißt das, von Staats wegen die Möglichkeiten des Geschäftemachens zurückzufahren, um damit dem Geschäftemachen in der Perspektive zu dienen, denn davon hängen wiederum Handlungsfähigkeit und Macht der Staaten ab. Wie weit und wie lange das gehen soll, darum streiten derzeit Merkel/Scholz/Söder und die Koalition der Freiheit um Gauland/Lindner/Schäuble/Palmer. Logik und Ziele sind dieselben.

Nicht genuin ökonomische Prozesse sind es also in erster Linie, die zu den Verwerfungen führen, sondern die politischen Reaktionen auf

ein Virus, gegen das bisher Impfstoff und Medikamente fehlen. Zu diesem Zweck mobilisieren die Regierungen und die EU erhebliche Summen und stellen national und europäisch geliebte ideologische Positionen wie die Schuldenbremse zumindest vorübergehend zur Disposition. Allein in Deutschland werden die Rettungspakete bisher mit 1.197 Mrd. Euro beziffert. Möglichst wenig ökonomische Substanz soll dauerhaft zerstört werden, Kapital und Lohnarbeit (Stichwort: Volksgesundheit) sollen nach der Corona-Krise wie gewohnt weitergehen können. Deutschland soll „gestärkt“ aus der Krise kommen (Mützenich, Altmaier). Der Staat macht somit seine Macht geltend, um gegen kurzfristige Kapitalinteressen das langfristige Kapitalinteresse zu gewährleisten. Genau darum geht es im Moment in den politischen Auseinandersetzungen, garniert mit allerlei pikanten Kontroversen über den Stellenwert von Gesundheit, den Wert des Lebenserhalts, Suizide und „häusliche Gewalt“ sowie eine Freizeitgestaltung ohne Biergärten und Bundesliga. Auch lange bekannte

Wahrheiten über Gesundheitssystem, Altenpflege und Bildungssystem werden mehr oder minder kritisch erörtert. Manch wackerer Diskutant wird dabei von darwinistischen Erwägungen übermannt (Palmer, Schäuble), indem er in Auslese kategorien argumentiert.

Rahmenbedingungen der Beschäftigten

Für abhängig Beschäftigte zeigen sich auch in dieser Krise altbekannte Rahmenbedingungen:

- ▶ Krisen mit ökonomischen Auswirkungen bedeuten Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit, materielle Einbußen sowie eine Verschärfung „sozialer Ungleichheit“. Es zeigt sich auch, wie kurz die finanziellen Decken vieler Leute tatsächlich sind.
- ▶ Abhängige Beschäftigung erfolgt auf der Grundlage eigener Eigentumslosigkeit sowie der Abhängigkeit von einem Arbeitgeber, dessen Rentabilitätskalkül über die Einrichtung von Arbeitsplätzen entscheidet.

- ▶ Durch die Krise wird keine Fabrik, kein Büro, kein Lager, keine Maschine und kein Computer zerstört. Alle Voraussetzungen zur Herstellung nötiger Gebrauchswerte sind vorhanden. Das Problem besteht darin, dass jeder funktionierende Gebrauchswert durch das Nadelöhr der Verwertung von Kapital muss. Gelingt dies nicht, wird nicht produziert.
- ▶ Daher ist es auch nicht möglich, aus gesundheitlichen Gründen einige Wochen kürzerzutreten, obwohl das, was die Leute zum Leben brauchen, ausreichend vorhanden ist. Die herrschende ökonomische Logik beruht eben auf dem Zwang kontinuierlicher Verwertung, ohne die heftige ökonomische Zerstörungen die Folge sind. Vernünftig ist eine solche Produktionsweise nicht.
- ▶ Deshalb gibt es auch die wirklich ver-rückte Diskussion über die Frage, was denn nun wichtiger sei, die Gesundheit der Leute oder die kontinuierliche Kapitalverwertung. Hier wird ein Gegensatz handgreiflich, der in dieser Produktionsweise tatsächlich existiert. Allerdings wird er in den Einlassungen der Philosoph*innen, Ethiker*innen und Theolog*innen nie auf seine Ursache hin besprochen. Diese Expert*innen für Moral und Sittlichkeit bevorzugen Erörterungen, in denen die gesellschaftlichen Gegensätze konsequent ausgeblendet werden bzw., wenn es um die unteren Klassen geht, nur in der Hinsicht aufgenommen werden, als deren Existenzängste primär auf die aktuellen Einschränkungen durch den Staat zurückgeführt werden, während die prinzipiellen Grundlagen dieser Existenzängste ebenso konsequent wie borniert ignoriert werden.

Enorme Einschnitte stehen bevor

Wenn nicht alles täuscht – und die diversen Regierungen, Institute und Kommentator*innen sind sich da im Wesentlichen einig –, gehen die nationalen Ökonomien einer tiefen Rezession entgegen. Eine Abnahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zwischen sechs und neun Prozent gegenüber dem Vorjahr wird von Expert*innen für Deutschland prognostiziert, ebenso eine erhebliche Einschränkung des Welthandels mit den entsprechenden Konsequenzen für Liefer- und Produktionsketten. Für die abhängig Beschäftigten droht unter diesen Bedingungen eine Zunahme der Arbeitslosigkeit; in Deutschland werden etwa 3 Mio. Arbeitslose prognostiziert. Selbst die *Süddeutsche Zeitung* bezeichnet die massiv eingeführte Kurzarbeit als „Ticket für eine lange Reise in die Arbeitslosigkeit“ (27.4.2020). Für Millionen Menschen in den europäischen Ländern und noch dramatischer in den Ländern, die gemeinhin als „Dritte Welt“ bezeichnet werden, wird diese Entwicklung einen existenzvernichtenden sozialen Absturz bewirken. Dem Staat – Bund, Ländern, Gemeinden, Sozialversicherungen – steht eine Reduzierung seiner Einnahmen ins Haus: Die Regierung rechnet mit einem Steuerminus von 82 Mrd. Euro bei einer Neuverschuldung von 356 Mrd. Euro. Dies wird angesichts der ohnehin prekären Finanzsituation vieler Städte und Gemeinden erhebliche Konsequenzen für öffentliche Investitionen, Personalpolitik und Sozialpolitik nach sich ziehen.

Künftige Konfrontationslinien

Arbeitslosigkeit drückt auf die Löhne und erschwert die Tarifpolitik. Dies ist zwar eine Binsenweisheit, aber eine sehr wirksame, wie wir in den kommenden Monaten und Jahren noch sehen werden.

Der Druck auf die Gewerkschaften, sich in der Zeit nach Corona in Bescheidenheit zu üben, wird enorm sein: seitens der Kapitale, der Politik, der Ideologieproduzent*innen und der Medien, aber auch seitens vieler Beschäftigter selbst. Das zentrale Argument wird sein, nun käme es darauf an, die Wirtschaft wieder anzukurbeln und dies gehe nur mit Billigkeit und Biagsamkeit (Flexibilität) der Arbeitskraft sowie einer angemessenen Rentabilität für die Kapitale. Deshalb müssten sich die Gewerkschaften in Kooperation mit ihrem „Sozialpartner“ als verlässliche Stütze der wirtschaftlichen Genesung erweisen. Im öffentlichen Dienst liegt die Argumentation ebenfalls recht nah: Mindereinnahmen und Staatsverschuldung erforderten lohnpolitische Zurückhaltung, sollen die Ge-

bietskörperschaften ihren Aufgaben nachkommen und ihre Investitionsfähigkeit zumindest ansatzweise erhalten können. Deshalb sei – man hat es schon im Ohr – „diesmal nichts drin“.

Dahinter steht nicht allein eine ideologische Konstruktion; diese Sichtweise beruht auf einer realen Struktur. Das Kapitalinteresse ist nämlich nicht einfach ein Interesse unter vielen Interessen. Es ist das zentrale Interesse in einer kapitalistischen Gesellschaft, ohne dessen rentable Befriedigung keine Chance für die Entstehung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen besteht. Das leuchtet auch vielen Beschäftigten durchaus ein: Das ist immanent logisch, ignoriert allerdings die Schädigungen, die mit der Unterwerfung unter diese Logik auf ein ganzes Arbeitsleben hin betrachtet verbunden sind. Genau deshalb braucht es Kapitalismuskritik.

Gewerkschaftliche Aufgabe beim „Hochfahren“

In den kommenden gewerkschaftlichen Diskussionen ist deshalb immer wieder herauszuarbeiten, dass es sich – wie bei anderen Themen auch (z. B. Digitalisierung) – beim „Hochfahren der Wirtschaft“ eben nicht um ein Gemeinschaftswerk handelt, sondern auch dieses „Hochfahren“ in den Bahnen gegensätzlicher Interessen verläuft. „Hochfahren“ darf nicht verschlechterte Arbeitsbedingungen, verlängerte Arbeitszeiten und Lohnverluste bedeuten. Im Gegenteil: Die Gewerkschaften müssen dafür kämpfen, die Tarifdeckung für möglichst viele auszudehnen und in gemeinsamer Aktion aller die Arbeitskraft zu schützen. Dies erfordert das theoretische und praktische Austragen der bestehenden Gegensätze.

Wolfgang Veiglhuber
Referent in der gewerkschaftlichen
Bildungsarbeit

Dieser Artikel wurde Ende April für die DDS, GEW-Zeitung in Bayern, geschrieben. Seither ist vieles passiert, was unserer Autor nicht mehr berücksichtigen konnte.

Wir danken dem Autor und der DDS-Redaktion für die freundliche Abdruckerlaubnis.

Noch ein Partisan!

Ein Remscheider Kommunist, Klempner, Spanienkämpfer und Bürgermeister

Rezension



Es gibt inzwischen eine kaum noch überschaubare Zahl von Büchern von und über Antifaschisten, ehemalige KZ-Häftlinge, Teilnehmer am Widerstandskampf in den von deutschen Truppen besetzten Ländern und Spanienkämpfer. Darunter auch viele Frauen. Und jetzt noch so ein dickes Buch. Ist nicht schon alles gesagt und geschrieben? Vieles sicherlich, alles bei weitem noch nicht. Ein Beispiel dafür ist das vor kurzem im Bonner Dietz Verlag erschienene Buch von und über den Remscheider KPD-Funktionär Gustav Flohr. Ein Buch für hartnäckige, an historischen Details interessierte Menschen? Ja und nein. Das Besondere an dieser Biografie ist, dass sie sich aus drei Teilen zusammensetzt und drei Autoren hat. Teil eins ist ein autobiographischer Text von Gustav Flohr, in dem er auf etwa 50 Seiten seinen Werdegang von den Anfängen in einer bescheidenen Remscheider

Klempnerfamilie bis zu den Erlebnissen in der französischen Resistance sehr detailreich und spannend schildert. Im Jahr 44 bricht sein Bericht ab.

Prof. Jörg Becker, der den umfangreichen Nachlass Flohrs im Verlauf von zwölf Jahren bearbeitete, ergänzt Flohrs weiteren Lebensweg anhand von Briefen und Dokumenten. Im Anschluss daran kommentiert Becker die Entwicklung des Remscheider Arbeiterjugendlichen „Von der Geburt bis zur Emigration in die Niederlande (1895-1936)“.

Was für ein Leben! Seit 1910 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, 1916/17 in der USPD, dann 1920 Übertritt zur KPD. Aktiv bei den Märzämpfen desselben Jahres in

Remscheid. 1923 nahm er an einem Betriebsaufstand teil und wurde illegalisiert. Zwischendurch war er Landessekretär der Internationalen Arbeiterhilfe und Sekretär der Gesamtbetriebsräte von Rheinland und Westfalen. Kurzzeitig inhaftiert war er, nach einer Amnestie bis 1930 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Remscheid. Im November 1932 wurde er für die KPD im Wahlkreis Düsseldorf zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Damit gehörte er schon eher zu den Spitzenfunktionären der KPD. Mitte März 33 ging's los mit „Schutzhaft“. Es folgen weitere Gefängnisaufenthalte, unterbrochen durch Einweisungen in mehrere Konzentrationslager. 1934 kam es zu einem überraschenden Freispruch. Zwischendurch konnte er in der Eisenindustrie Arbeit finden. Als aber eine weitere Verhaftung unmittelbar bevorstand, flüchtete er 1936 in die

Niederlande. (Frau und Tochter kamen später nach.) Noch im gleichen Jahr reiste er nach Spanien weiter und schloss sich den Internationalen Brigaden an. Bereits beim ersten Gefecht – nach nur 13 Tagen an der Front – wurde er verwundet, was seine weitere Verwendung bestimmte. Nach Auflösung der Internationalen Brigaden erlebte er diverse Lageraufenthalte in Frankreich. Nach gelungener Flucht reihte er sich ab Sommer 1944 in die bewaffnete Resistance ein und konnte als Bataillonskommandant seine militärischen Kenntnisse aus dem 1. Weltkrieg zur Geltung bringen. Ab Herbst 44 bis zum Kriegsende war er Mitarbeiter beim US-amerikanischen Geheimdienst (OSS) in Paris. Diese Tätigkeit dürfte in seiner KPD-Kaderakte nicht so gut angekommen sein. Zurückgekehrt nach Remscheid, war er bis Ende 46 Bürgermeister und dann Oberbürgermeister seiner Stadt. Als er bei der Kommunalwahl 1947 für die KPD kandidierte, wurde er nicht gewählt. Im selben Jahr noch trat er aus der KPD aus, um einem Ausschluss zuvorzukommen. Waren es seine engen Kontakte in diesen Jahren zu jugoslawischen Kampfgefährten, die ihm den Vorwurf des „Titoismus“ einbringen mussten? Diese Frage konnte im Buch nicht vollends geklärt werden.

In einer Resolution des Sekretariats des Parteivorstandes der KPD vom Dezember 1948 ist bezüglich Jugoslawien die Rede von „Verrat“. Die KP Jugoslawiens befinde sich „in den Händen einer Clique von Mördern und Spionen“. Bei manchen KPD-Funktionären, die in der Westemigration waren, reichten schon geringere Verdachtsmomente, um zumindest alle Funktionen zu verlieren. Später ersuchte er um Wiederaufnahme in die Partei, was ihm aber verweigert wurde. Trotzdem war er in der zweiten Hälfte der 50er Jahre Geheimer Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR. Gustav

Flohr, ein Mann mit Ecken und Kanten, starb 1965 in Remscheid.

Eine wahre Fundgrube für alle, die sich mit dem Spanischen Bürgerkrieg beschäftigen, ist der Beitrag „Gustav Flohr im Spanischen Bürgerkrieg (1936-1938)“ des Historikers Dr. Werner Abel. Akribisch vergleicht er die Aufzeichnungen von Flohr mit der aktuellen Quellenlage und weist auf einige Widersprüche und offensichtliche Fehler im Narrativ von Flohr hin. Nicht unerwähnt und unkommentiert lassen will Abel die herabwürdigende Einschätzung Flohrs des iberischen Anarchosyndikalismus und vor allem des Partido Obrero de Unificación Marxista (POUM), einer Partei, die von den Stalinisten in Spanien gnadenlos verfolgt worden war. Abel geht auf diesen Konflikt genauer ein und äußert sein Unverständnis darüber, dass Flohr und „das Jahre nach dem 2. Weltkrieg und den Problemen, die er mit seinen Genossen hatte, wie ein unbelehrbarer kommunistischer Dogmatiker niederschreibt.“ (S.318/19) Der Aufenthalt Flohrs in Spanien ist für Abel unter verschiedenen Gesichtspunkten einer genaueren Betrachtung wert. So sei er „Informant der KPD-Abwehr“ gewesen und habe sich als Angehöriger der XIV. Brigade im Umfeld von Erich Mielke bewegt.

Dass Jörg Becker das von ihm editierte Werk trotz der eh schon 500 Seiten noch mit einem Personenregister versehen hat, erleichtert die Arbeit mit dem Buch erheblich.

Hoffentlich findet das Buch, zu dem Marco Röhrig, Geschäftsführer der IG Metall Remscheid-Solingen, das Vorwort geschrieben hat, auch Eingang in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit und nicht nur in Remscheid.

H. E.

Gustav Flohr

Noch ein Partisan!

*Ein Remscheider Kommunist,
Klempner, Spanienkämpfer und*

Bürgermeister

Ediert von Jörg Becker

Mit einem Beitrag von Werner Abel

504 Seiten

Klappenbroschur

32,00 Euro

ISBN 978-3-8012-0546-1

Februar 2020

Zum Tode des Genossen Gerhard Armanski



Wieder hat die Gruppe einen Mitstreiter verloren. Professor Dr. Gerhard Armanski verstarb in Eyershausen im Alter von 78 Jahren. Er war einer jener Intellektuellen, die auf Konventionen nichts gaben und eigenständig ihren Weg gingen, ohne sich organisatorisch enger zu binden. Er war viel unterwegs und lebte, von Natur umgeben, in seinem abgelegenen „Refugium“, wo er seiner Aussage nach auch Gärtner und Viehhalter war. Neben seinen wissenschaftlichen Arbeiten schrieb er über zwei Dutzend Bücher und verfasste politische Artikel in linken Zeitschriften. Die Ökologie war eines seiner Hauptanliegen, besonders in den letzten Jahren.

Gerhard nahm letztes Jahr an unserer Frühjahrstagung in München teil und brachte in der Diskussion über die Klimakatastrophe sein Wissen dazu ein. Mit diesem Thema hatte er sich intensiv auseinandergesetzt. In seinem Buch „Monsieur le Capital und Madame la Terre“ hat er den Zusammenhang zwischen Ökologie und kapitalistischer Ökonomie in marxistischer, materialistischer Herangehensweise analysiert.

Die USA und Lateinamerika waren oft sein Thema. Dort war er auch als Reiseleiter tätig. Über die Studentenbewegung stieß er in den 70er Jahren zur Gruppe. Hin und wieder schrieb er für die „Arbeiterstimme“ Artikel und hielt auf unseren Jahreskonferenzen Referate, wie etwa über China. Die Partei Die Linke hatte ihn in Südniedersachsen als Kandidaten zur Landtagswahl aufgestellt.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 207 Frühjahr 2020, 28 S.

- Fairer Wandel in der Metallindustrie?
- Bürgerschaftswahl in Hamburg
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil 3
- Warum schießt das chilenische Militär nicht?
- Das Wahldesaster von Labour
- Der erste Krieg der BRD
- Eine neue Krise steht vor der Tür
- Karl Marx – Ratgeber der Gewerkschaften?
- Meine Mama war Widerstandskämpferin

Nr. 206 Winter 2018/2019, 36 S.

- Digitalisierung – Fluch oder Segen?
- AfD-Parteitag in Braunschweig
- Zum 70. NATO-Jubiläumsgipfel
- Die soziale Explosion in Chile
- Lateinamerika – Abgewürgte Aufbrüche
- Unsere Jahreskonferenz
- Die Welt in Bewegung
- Laut zu sagen, was ist ...

Nr. 205 Herbst 2019, 28 S.

- Der Konflikt USA-Iran
- Die EU – Beiträge zu einer linken Strategie
- Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg
- Brexit, die letzte?
- Rezensionen:
Die Wunde, die sich nicht schließt
Räte in München

Nr. 204 Sommer 2019, 44 S.

- Die Europäische Union
- Das Scheitern des bolivarienschen Projektes
- Blauer Planet im Würgegriff
- Bremen-Wahl
- Österreich: Ibiza und die Folgen
- Die Novemberrevolution 1918
- ...

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Woran wird Klassengesellschaft kenntlich?

Ein Buch nicht nur zu den diskreten Merkmalen sozialer Unterschiede

Rezension

Ob und wie weit in Deutschland erwachsene Menschen mit einiger Lebenserfahrung die hiesige Gesellschaft als Klassengesellschaft definieren – darüber gibt diese Buch keine direkte Auskunft. Doch was Klassengesellschaft ausmacht und welche analytischen Zugänge dafür zu erschließen sind, bietet diese Studie eine Menge zueinander gefügter Daten und Deutungen. Deren Kenntnis kann befähigen, politisches Engagement dahingehend zu fundieren, den Blick für wesentliche klassenpolitische Fragen zu schärfen, um nicht auf Abwege umwelt- oder identitätspolitisch verkürzter Sichtweisen zu geraten. Dass es in der Nachkriegsgesellschaft der BRD weiterhin ein Oben und ein Unten gab, bekräftigte in der sozialliberalen Ära nach 1970 verdientermaßen ein Bernt Engelmann. Er benannte in seinen Büchern alphabetisch konkrete Repräsentanten des „Großen Geldes“ für ein Publikum mit viel Vertrauen auf „immerwährende Prosperität“. Enger an statistischen Ergebnissen und polit-ökonomischen Sachverhalten orientiert, folgt daher die Darstellung von Bischoff/Müller mehr soziologisch-politologischem Jargon. Wer aber heutzutage die innerstädtische Zone einer größeren Stadt durchquert, stößt unübersehbar auf krasse Tatsachen, deren abstrakter benannte Ursachen ihre Bestätigung in mehr oder weniger verbreiteten Abstiegs- und Zukunftsängsten wiederfinden.

Unter dem Diktat einer erhöhten Wettbewerbsfähigkeit weltweit gilt es eben mitzuhalten und das Bruttosozialprodukt wenigstens so zu steigern, dass noch soviel abfällt, um im Vergleich zu anderen höher entwickelten Staaten einen allgemein hohen Lebensstandard mit entsprechender Lebenszufriedenheit zu gewährleisten. Jedoch stehen verfestigte Armutsberichte immer mehr im Gegensatz zu enormer Reichtumsanhäufung einer Minderheit großer Vermögensbesitzer. Nachweise erfolgen dazu, ergänzt mit Schaubildern im Abschnitt über die „Auflösung der Verknüpfung

von Arbeit und sozialer Sicherheit“ und werden dann weitergeführt mit Daten zu durchschnittlichen Haushaltseinkommen und daraus folgenden Einkommensungleichheiten. Funktion und Ergebnisse sozialstaatlicher Umverteilung sind davon nicht zu trennen, wobei die abnehmende Durchsetzungsmacht von Gewerkschaften vor allem im Niedriglohnssektor umso mehr staatliche Eingriffe wie Mindestlöhne erfordert. All das findet Ausdruck in einer Bruttolohnquote vom Volkseinkommen unter 70 %, wobei die Löhne selber stark gespreizt pro Stunde zwischen fünfzig bis unter zehn Euro variieren können. Resümee der Autoren: „Der unter der Oberfläche stets vorhandene, aber verdeckte, Klassencharakter wird wieder sichtbar“. Das wird allein nur hier in drei Tabellen zur Einkommensschichtung und somit Möglichkeit der Lebensführung differenziert nachgewiesen und führt zu dem, was sich Klassenlage nennt, auch wenn die jeweils Klassifizierten es subjektiv nicht so begreifen wollen oder können. „Die Grundhaltung gegenüber diesem Panorama von Stimmungen und Lebensgefühlen ist eine Art pragmatischer Pessimismus. Man geht davon aus, dass es im Hinblick auf die Zukunft weniger Planungssicherheit gibt. Für politisches Denken zentral ist daher der Aspekt, dass das in der Mittelschicht über Jahrzehnte vorherrschende Vertrauen in die ‚Wohstandsgarantie‘ nach der Devise ‚Leistung lohnt sich‘ offenbar zerstört ist. Im Gegenteil herrscht eher die fatalistische Grundhaltung ‚Nichts ist sicher‘ vor. Häufig wird die Überzeugung geäußert, dass sozialer Abstieg heute potentiellen jede*n treffen kann.“ Dagegen setzen die Autoren die Forderung: „Die politische Linke muss den Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft überwinden“, wissen aber auch: „Die gesellschaftlichen Gründe für gewachsene Existenz- und Zukunftsängste sowie die Krise der politischen Repräsentation wirken als Treibhausbedingungen für rechtspopulistische Mentalitäten und Bewegungen.“ Diese Entwicklung der letzten Jahre findet im letzten Abschnitt ausführ-

liche Berücksichtigung. Ob aber die breite Ablehnung der „Konsequenzen des Zustroms an Flüchtlingen“ nur mit „Ressentiments“ zu erklären sind, muss verwundern bei Autoren, deren polit-ökonomische Qualifikation dazu befähigen sollte, welchen Platz stetige Zuwanderung noch in einem gesellschaftlichen Gesamtarbeiter finden kann, der produktivitätsbedingt mit reduziertem Arbeitsanfall auskommt und in der gezielt betriebenen Zerrüttung des Normalarbeitsverhältnisses durch systemtreue Parteien und Regierungen bislang die passende, jedoch sozial falsche Antwort zu finden vorgab.

Dagegen eine Programmatik zu entwickeln, würde den Umfang des Buchtitels erheblich ausweiten. Allein die Problemlagen entlang an vierundvierzig ausgewählten Schaubildern textlich zu benennen oder umgekehrt zu bekräftigen, könnte beim gemeinsamen Durcharbeiten von kleinen Gruppen das argumentative Niveau ergeben, von dem aus eine politische Linke das notwendige Gehör vor allem in Gewerkschaften und breiterer Öffentlichkeit findet. Ein nützliches Arbeitsbuch für alle mit dem Anspruch einer Republik für die „Vielen“, die hier die Arbeit machen.

H.Z. , 8.6.2020

Joachim Bischoff/Bernhard Müller, Berliner Republik: Eine Klassengesellschaft, Soziale Spaltung, Wut auf das Establishment und rechte Ressentiments, Hamburg 2019 (VSA), 132 Seiten, 12,80 Euro



Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsoption“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 3,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer) (z.Z. leider nicht lieferbar)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer), (z.Z. leider nicht lieferbar)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933

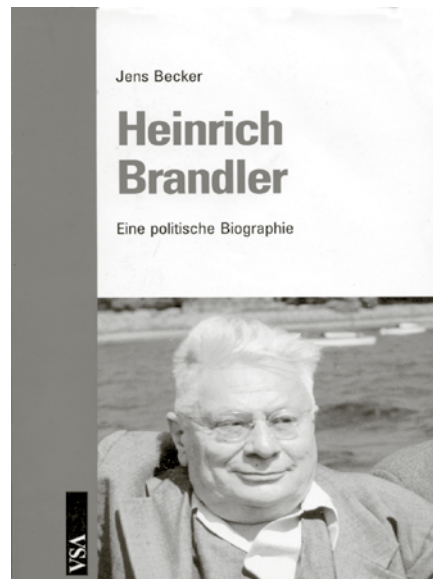


Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**



510 Seiten, Paperback,

20,- €

ISBN 3-87975-767-4



624 Seiten, Paperback,

20,- €

ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder:
redaktion@arbeiterstimme.org